

WOHIN BRINGT IHR UNS? 1940/1941

Gedenkstätten Rundbrief



- 3 Modernität und Barbarei – Marinerüstung und Zwangsarbeit.
Zur Profilierung des »DenkOrtes« U-Boot-Bunker Bremen-Farge
in der deutschen Gedenkstätten-topographie
Detlef Garbe

- 15 Widerstand gegen den Nationalsozialismus
Peter Steinbach

- 21 Nationales Gedenken ist voraussetzungsvoll.
Das Beispiel der österreichischen Häftlinge
im NS-Konzentrationslager Sachsenhausen
Kerstin Hosa und Carola Sachse

- 32 »Wohin bringt Ihr uns?« Das »Denkmal der grauen Busse«
in Brandenburg an der Havel
Kristina Hübener und Stefanie Endlich

- 35 Wanderausstellung:»Ohne zu zögern.
Varian Fry: Berlin – Marseille – New York«
Marion Neumann und Angelika Meyer

- 38 Veranstaltungshinweise

- 42 Literaturhinweise

- 45 Rezension – Züge nach Ravensbrück.
Transporte mit der Reichsbahn 1939–1945
Maria von der Heydt

Titel: Aufstellung des »Denkmal der Grauen Busse« in Brandenburg an der Havel,
im Hintergrund das ehemalige Alte Zuchthaus, Foto: Stefanie Endlich
Siehe auch Beitrag von Kristina Hübener und Stefanie Endlich in diesem Heft.

Modernität und Barbarei – Marinerüstung und Zwangsarbeit

ZUR PROFILIERUNG DES »DENKORTES« U-BOOT-BUNKER
BREMEN-FARGE IN DER DEUTSCHEN GEDENKSTÄTTENTOPOGRAPHIE

Detlef Garbe

Im Umgang mit den Stätten nationalsozialistischer Verbrechen spiegelt sich das jeweilige gesellschaftliche Bewusstsein, werden Leugnung, Verdrängung, Schuldabwehr, aber auch Selbstreflexion, Empathie mit den Opfern und kritische Auseinandersetzung mit den Folgen des Unrechts offenbar. Die KZ-Außenlager und die vielen anderen Lager, in denen das Millionenheer der Ostarbeiter, Kriegsgefangene, Militärinternierte und Polizeihäftlinge inhaftiert wurden und die sich in nahezu jeder deutschen Stadt oder Region befanden, sind die Zeugen dafür, dass sich die Verbrechen der SS nicht nur fernab, sondern auch inmitten des Landes und keineswegs nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern – vor allem gegen Kriegsende – nicht selten vor den Augen der Bevölkerung zutragen. Hierin liegt sicherlich eine der wesentlichen Gründe dafür, dass ihre Geschichte jahrzehntelang verschwiegen wurde. In der Geschichte der Erinnerung an die sich über das ganze Land erstreckende Lagertopographie sich das ganze Ausmaß der Verdrängung der Vergangenheit, aber auch der Anfang der 1980er Jahre einsetzende Wandel: Gab es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik nur vereinzelt Gedenksteine und so gut wie keine Forschungen zu den KZ-Außenlagern, zu Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlagern, zu den Haftstätten von Polizei und Justiz, so gibt es die – allerdings teilweise nur gegen heftige lokale Widerstände durchgesetzten – Gedenkstätten heute in einer so erfreulich großen Zahl, dass allein ihre Verzeichnisse Bücher füllen.

Bevor ich Ihnen meine Überlegungen zur Profilierung des »DenkOrtes« U-Boot-Bunker Farge in der deutschen Gedenkstätten-topographie vorstelle, möchte ich die besondere historische Bedeutung des unter dem Tarnnamen »Valentin« geführten Bunkerprojekts und des zu seinem Bau in Bremen-Farge geschaffenen Lagersystems hervorheben. Da Sie an den beiden vorangegangenen Seminartage sehr viel Profundes zu Geschichte und Überlieferung der Marinerüstung, des Bunkerbaus und der Lager in Farge gehört haben, kann ich mich auf die Grundzüge beschränken.

Ich sehe die besondere historische Bedeutung in folgenden Punkten:

I In der zweiten Kriegshälfte, in der die militärische Überlegenheit der Alliierten nach dem gescheiterten Luftkrieg gegen England, den Niederlagen an der Ostfront und der Kapitulation in Nordafrika offenkundig wurde, konzentrierten sich die Hoffnungen der militärischen Führung auf bahnbrechende Erfolge in der Rüstungsschlacht, auf das Jägerprogramm und die Raketenwaffe. Die Wende im Seekrieg und die Unterbrechung des für den alliierten Nachschub zentralen Transportweges aus den USA sollte die U-Boot-Waffe bewirken. In Farge entstand ab 1943 der wichtigste und größte Produktionsbunker, eines der wichtigsten Bauprojekte der deutschen Kriegsmarine überhaupt. Durch meterdicken Beton vor Luftangriffe geschützt, sollten hier in Sektionsbauweise wie am Fließband U-Boote des neuen Typs 21 in Serie entstehen, alle zweieinhalb Tage sollte eines die Bunkerwerft verlassen. Farge steht für militärischen

Größenwahn und Wunderwaffenglaube, der nicht nur ein Konstrukt der Nazipropaganda zur Mobilisierung der durch den Bombenkrieg demoralisierten Bevölkerung und der von Rückzugserfahrungen ernüchterten Wehrmacht war. Wie die Produktion des Messerschmidt-Düsenjägers Me 262 und die Raketenfertigung der V1 und V2 steht Farge für die Rüstungsmobilisierung im totalen Krieg.

II Auch wenn der in Farge erbaute Bunker nicht ganz fertig gestellt wurde und die U-Boot-Serienproduktion nicht mehr anlaufen konnte, zeugen allein die Dimensionierung des mit direktem Zugang zur Weser errichteten Baus mit 426 Meter Länge, 97 Meter Breite und 33 Meter Höhe, die bis zu sieben Meter dicken Betonmauern und die im Inneren erkennbaren unterschiedlichen Taktstationen für die Serienfertigung von der Monstrosität des Vorhabens. Die beiden Treffer vom 27. März 1945, bei denen das Bunkerdach durchbrochen wurde, »entzauberten« den vermeintlichen unzerstörbaren Bunker.

III Neben dem im Auftrag der Marineoberbauleitung für die zum Thyssen-Konzern gehörende Vulkan-Werft unter Beteiligung zahlreicher Baufirmen wie Wayss & Freytag, Hermann Möller und Hochtief realisierten Bunkerbauprojekt befanden sich an der Unterweser in Bremen-Nord noch weitere bedeutende Rüstungsvorhaben. Hier ist vor allem der seit 1936 von der »Wirtschaftlichen Forschungsgemeinschaft« Wifo, einer Tarngesellschaft des Reichswirtschaftsministeriums, in unmittelbarer Nähe errichtete, unterirdische Tanklagerkomplex zu nennen. Farge steht deshalb auch für das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen staatlicher und privater Kriegswirtschaft.

IV Farge war jedoch in erster Linie ein Projekt der Marine, die Initiator und treibende Kraft war. Lange Zeit haben U-Boot-Mythus, Traditionsverständnis und erfolgreiche Entlastungsstrategien sowie die öffentliche Aufmerksamkeit, die sich zunächst fast ausschließlich auf die SS und dann in den 1990er-Jahren auch auf die Mitwirkung von Armeeeinheiten am Judenmord richtete, den Blick dafür verstellt, dass auch die Marine sich aktiv an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligte. Gestern hat Marc Buggeln noch einmal bestätigt, dass in Farge nur ganz wenige SS-Leute – er sprach von unter zehn – eingesetzt waren. Die Herrschaft über die Arbeitssklaven übten die von den Baufirmen gestellten deutschen Zivilarbeiter und von der SS eingesetzte Funktionshäftlinge aus; die Bewachung der Baustelle und der Lager übten in erster Linie Marinesoldaten aus, die die Postenketten bildeten. Auch der Lagerführer des KZ-Außenlagers, Ulrich Wahl, kam von der Wehrmacht; in SS-Diensten übernommen wurde der Hauptmann zum SS-Hauptsturmführer ernannt.

V Ebenso wie in Peenemünde und noch weit stärker in Mittelbau-Dora konnte ein gigantisches Rüstungsprojekt dieser Größe, das es angesichts der sich beschleunigenden Niederlagen an den Fronten in schnellstmöglicher Zeit zu realisieren galt, nur noch unter Einsatz von Zig-Tausenden Zwangsarbeitern entstehen. In Farge wurden zeitweise bis zu 12.000 Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Häftlinge des KZ Neuengamme bei den Bauarbeiten eingesetzt; sie mussten dabei alle Arbeiten übernehmen, die Ausschachtungen für die Fundamente vornehmen, Zementsäcke schleppen, Beton mischen, Stahlträger transportieren, Eisendraht flechten usw. Die Arbeitskräfte, die aus ganz Europa kamen und nahezu alle Verfolgtengruppen repräsentierten, waren in sieben verschiedenen Lagern untergebracht. Damit steht Farge nicht nur für das – neben dem Häftlingseinsatz bei den Reichswerken Hermann Göring in Salzgitter-Drütte – größte Außenlager im System des Konzentrationslagers Neuengamme, sondern verkörpert in sich einen eigenen Lagerkosmos, in dem sich die unterschiedlichen Formen, Funktionen

und Hierarchien nationalsozialistischer Zwangslager widerspiegeln: die Reglementierungen der zur Zwangsarbeit ins Reich Deportierten, der völkerrechtswidrige Einsatz von Kriegsgefangenen, der auf Abschreckung aller in der Kriegswirtschaft Beschäftigten zielende Terror im Arbeitserziehungslager der Bremer Gestapo und der den Tod bewusst einkalkulierende, auf Arbeit und Vernichtung zielende Einsatz der Häftlinge des KZ Neuengamme.

VI Die Arbeits- und Lebensbedingungen für die beim Bunkerbau eingesetzten Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, KZ- und Gestapohäftlinge waren sehr schlecht. Auf der Baustelle wurden sie unter roher Gewalt unerbittlich angetrieben. Das Zwei-Schichten-System mit täglicher Arbeitszeit von 12 Stunden, An- und Abfahrtswegen, Appellen ließ kaum Zeit zur Erholung von den Strapazen der Schwerstarbeiten. Verpflegung, Kleidung, medizinische Versorgung und die Unterbringung waren völlig unzureichend. Die 3000 Häftlinge des im Oktober 1943 errichteten KZ-Außenlager, die zumeist aus Frankreich, Polen und der Sowjetunion stammten, wurden in einem der 16, einige Kilometer von der Baustelle entfernt gelegenen Treibstoffbunker der Wifo provisorisch untergebracht, das Dach wurde mit Sand getarnt und später mit Baracken bebaut. Zwar war eine Barackenunterbringung keineswegs überall der Fall, auch andernorts dienten alternative Behausungen als Häftlingsunterkünfte, so etwa Stollen, alte Produktionshallen oder durch Bomben teilzerstörte Gebäude. Im bereits erwähnten Außenlager in Drütte wurden Häftlinge unter einer Hochstraße provisorisch einquartiert, doch die Unterbringung im Inneren eines Ölbunkers führte zweifellos – wie den Häftlingsberichten zu entnehmen ist – zu besonderen Erschwernissen. Dies belegt auch die hohe Opferzahl. Für das KZ-Außenlager sind die Namen von 553 in Farge zu Tode gekommenen Häftlinge bekannt; die tatsächliche Opferzahl dürfte aber mit Sicherheit höher liegen. Unter Einschluss aller zum Bunkerbau Gezwungenen starben in Farge – hier kann ich auf die Ergebnisse von Heiko Kania verweisen – nachweislich 1100, vermutlich aber mehr als 2000 Menschen. Sie starben an körperlicher Auszehrung, Hunger, Krankheiten, Misshandlungen und Arbeitsunfällen. Immer wieder wird auch davon berichtet, dass der Beton für Häftlinge zum Grab wurde. In der Region Bremen hat der NS-Terror zweifellos in Farge seinen sichtbarsten Ausdruck gefunden.

VII Mit dem Nebeneinander von moderner U-Boot-Fertigung in Segmentbauweise, fordistischer Produktionsweise und Taktung auf der einen und einem Heer von geschundenen, der Gewalt der Kapos und Vorarbeiter unterworfenen Bausklaven andererseits steht Farge auch für die Dialektik von Fortschritt und Regression, für das Nebeneinander von Modernität und Barbarei.

Für die Bedeutung des Ortes stehen aber auch die Nachkriegsgeschichte und der schwierige Umgang mit diesem unübersehbaren historischen Erbe. Hier möchte ich den oben genannten sieben Punkten noch drei weitere hinzufügen:

VIII Beim Bunker »Valentin« handelt es sich um den einzigen in Deutschland erhaltenen U-Boot-Bunker. Wenn andernorts überhaupt noch Spuren auf U-Boot-Bunker des Zweiten Weltkriegs verweisen, dann handelt es sich um Ruinen und Fundamentreste. Da ich aus Hamburg komme, möchte ich Ihnen hier kurz von einer Begebenheit berichten, die sich vor noch nicht langer Zeit auf dem ehemaligen Gelände der Deutschen Werft zutrug. Dort kamen nämlich im Jahr 2002 beim Bau der verlängerten Airbus-Start- und Landebahn, um die es in Hamburg jahrelang heftigste öffentliche Auseinandersetzungen gegeben hat – ich nenne als Stichworte nur die Zuschüttung

des Mühlenberger Loches und den Widerstand der Neuenfelder Obstbauern –, die zugeschütteten Reste eines U-Boot Bunkers wieder ans Tageslicht. Die Bunker-Anlage mit der Tarnbezeichnung »Fink II« wurde 1940 bis 1942 in einer Abmessung von ca. 150 m und 200 m errichtet. In den zunächst vier, später (1944) fünf Boxen konnten jeweils zwei U-Boote hintereinander liegend repariert und ausgerüstet werden. Beim Bunkerbau auf der Deutschen Werft wurden ebenfalls Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Häftlinge des KZ Neuengamme eingesetzt, auch hier starben Hunderte. Nach Kriegsende wurde die Bunkeranlage im Oktober 1946 gesprengt – im Gegensatz zum »Valentin« gelang dies beim »Fink II« – und nach Schließung der Deutschen Werft 1973 zugeschüttet. Als nun vor sechs Jahren die Bunkerreste wieder auftauchten, entschloss sich die mit dem Bau der Airbus-Start- und Landebahn beauftragte Realisierungsgesellschaft schnell, einen Wettbewerb für ein Mahnmahl auszuloben – und kam damit Forderungen nach einer Gedenkstätte noch zuvor. In Ausführung des erstprämiierten Entwurfs wurden die Fundamentstreifen des U-Boot Bunkers großflächig wieder freigelegt, mit schwarzen Schottersteinen eingefasst und die Dimension der Anlage sichtbar gemacht. Am 26. August 2006 erfolgte die Einweihung der Denkmalsanlage, die neben künstlerischen Elementen mehrere Informationstafeln beinhaltet.

Im Unterschied zum »Fink II« oder zum erst vor wenigen Jahren 2001 gänzlich gesprengten Bunker »Kilian« in Kiel war der monströse Bunker in Farge immer präsent. Seine Größe und gewaltige Betonbewehrung sicherte seinen Bestand. Zwar sahen Briten und Amerikaner den Bunker zunächst als geeignetes Ziel, um die Durchschlagskraft neuer Bomben zu testen, doch stellten sie nach Protesten die Bombenabwürfe und Sprengversuche ein.

IX Des Weiteren möchte ich auf die Geschichte der Nachnutzungen verweisen. Zwar findet sich die Unterbringung von Flüchtlingen in den Lagerarealen auch andernorts ebenso wie die anschließende Übernahme des Geländes durch die Bundeswehr, die hier 1958 einen Standortübungsplatzes einrichtete und den Großteil der Baracken – soweit nicht schon erfolgt – abriß. Doch bezüglich des Bunkers weist die Nachgeschichte schon Besonderheiten auf. Nachnutzungen hierfür zu finden, erwies sich als außerordentlich schwierig. Von heute aus erscheinen manche der damaligen Vorschläge geradezu absurd, sei es die Einrichtung eines Ausflugslokals auf dem Bunkerdach, die Nutzung als Hülle für einen Atomreaktor oder als Lagerplatz für Atomwaffen. Die Diskussionen endeten erst, als schließlich auch der Bunker in die Obhut der Bundeswehr übernommen wurde, die im nördlichen Gebäudeteil für die Marine das bis heute bestehende Materialdepot einrichtete.

X Wie andernorts auch waren die Existenz der Lager und die Verbrechen, die sich dort und beim Bunkerbau zugetragen hatten, jahrzehntelang kein öffentliches Thema; die Erinnerung hielt – wie bei anderen ehemaligen Außenlagern – zunächst nur die Überlebenden-Vereinigung »Amicale Internationale de Neuengamme« wach, die Farge seit 1968 regelmäßig aufsuchte. Auch der Umschwung mit Beginn der 1980er-Jahre, als das öffentliche Interesse erwachte, gesellschaftliche Widerstände überwunden wurden und bürgerschaftliches Engagement – hier ist an Rainer Habel und die von ihm gegründete Initiative »Blumen für Farge« zu erinnern – 1983 zur Errichtung des Mahnmahls »Vernichtung durch Arbeit« beim Bunker führte, deckt sich mit der Entwicklung der Erinnerungskultur andernorts. Der Bunker, der lange ein Unort gewesen war – noch bis Ende der 1980er-Jahre war er aus Luftbildern und Katasterkarten herausretuschiert – wurde



Ausstellung zum
Bunker Valentin im
Bremer Rathaus, 2007
Foto: Detlef Garbe

nach und nach wieder entdeckt, seine Geschichte erforscht, er wurde zum Gegenstand von kulturellen und politischen Projekten, wofür insbesondere seine Bespielung durch das Bremer Theater steht, das in den Jahren 1999 bis 2005 die »Letzten Tage der Menschheit« von Karl Kraus mehr als 100 Mal im Bunker vor etwa 40 000 Besuchern aufführte. Durch die ebenfalls 1999 erfolgte Gründung des Vereins »Dokumentations- und Gedenkstätte Geschichtslehrpfad Lagerstraße/ U-Boot-Bunker Valentin e. V.« rückte das Lagergelände in den Blick. Nach und nach wurden die zentralen historischen Stätten mit Installationen und Stelen gekennzeichnet, die (vorläufig) letzte wurde vor zwei Wochen, am 31. August 2008, am Ort des sowjetischen Kriegsgefangenenlagers eingeweiht. Eine Besonderheit stellt hingegen die Haltung der Bundeswehr in Farge bzw. dem benachbarten Schwanewede dar. Musste eine Informationstafel und ein Findling zum Gedenken der Toten des Außenlagers 1985 der Bundeswehr noch abgetrotzt werden, so führte das historische Interesse und Engagement einzelner Bundeswehrangehöriger letztlich zu einer Annahme der Verantwortung für das historische Erbe vor Ort. Seit den 1990er-Jahren bietet das Marinematerialdepot Führungen zum Bunkergelände an. Vor den neuerdings mit dem Kommandanturwechsel in Farge eingetretenen Änderungen wurden auf diese Weise durch Bundeswehrbedienstete – hier ist vor allem Rainer Christochowitz zu nennen – jährlich bis zu 8000 Besucher durch den Bunker geführt. Der Standort in Schwanewede stellte vor einigen Jahren die 1944 als Magazin errichtete »Baracke 27« für Ausstellungszwecke zur Verfügung, in der heute die vom Gedenkstättenverein erarbeitete Dokumentation und weitere Informationstafeln gezeigt werden. Auch der Geschichtslehrpfad konnte nur mit Unterstützung der Bundeswehr realisiert werden. Mit der am 9. Mai 2007 im Alten Rathaus eröffneten Ausstellung »DenkOrt Bunker Valentin« befindet sich nunmehr auch im Bunker selbst eine umfassende historische Dokumentation. Allerdings wird Besucherguppen der Zutritt zum Ruinenteil seit Anfang 2008 verwehrt. Ein Träger von Gedenkstättenarbeit mag und kann die Bundeswehr selbst wohl nicht sein.

Ich fasse zusammen: Die historische Relevanz des Bunkers in Farge weist weit über die Region hinaus. Es handelt sich hier um einen Ort von weit mehr als nur lokalem oder regionalem Interesse. Exemplarität und internationale Bedeutung kann dieser historische Ort zweifellos für sich beanspruchen. Er steht erstens für militärischen Größenwahn, für die Rüstungsmobilisierung im totalen Krieg, ist zweitens ein monströses technisches Denkmal, zeigt drittens die enge Verflechtung von staatlicher und privater Kriegswirtschaft, weist viertens die Marine als treibende Kraft aus, verkörpert fünftens in sich einen eigenen Lagerkosmos mit verschiedenen Lagertypen, ist sechstens ein Massengrab für Menschen aus ganz Europa und siebtens ein Beleg für die gleichermaßen das System des Nationalsozialismus kennzeichnenden Facetten von Modernität und Barbarei. Achters ist der Bunker »Valentin« der einzige in Deutschland erhaltene U-Boot-Bunker. Die zuweilen skurrile Suche nach Nachnutzungen verdeutlicht zum Neunten besonders eindringlich die Schwierigkeiten im Umgang mit Hinterlassenschaften des NS-Terrors. Und schließlich ist zehntens das trotz allem insgesamt bemerkenswerte Engagement der Bundeswehr für den Gedenkort zu nennen. Diese zehn Punkte sollten meines Erachtens Argument genug dafür sein, den Gedenkort Bremen-Farge zu einer bedeutenden Dokumentationsstätte auszugestalten.

Seit vier Jahren ist es unumgänglich geworden, sich der Aufgabe der Gedenkstättenentwicklung anzunehmen. Im November 2004 wurde bekannt, dass im Rahmen des allgemeinen Standortabbaus die Bundeswehr bis Ende 2010 das Marinenedot in Farge aufgeben wird. Zwar bekannte sich zwei Jahr später Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung am 24. November 2006 im Gespräch mit Bürgermeister Jens Böhrnsen, der den Minister vergeblich um Rücknahme der Stationierungsentscheidung bat, der Pressemitteilung der Bremer Senatskanzlei zufolge »zur Verantwortung des Bundes ..., den ehemaligen U-Boot-Bunker in Farge in seiner historischen Bedeutung angemessen als Denkmal zu erhalten«, doch eine Entscheidung über die Zukunft des Bunkers steht seither weiter aus.

Wie die Debatte in der Bremischen Bürgerschaft am 9. April 2008 zeigte, sind sich alle dort vertretenen Parteien zunächst einmal darin einig, »dass der Bunker Farge [...] ein Gedenkort für die Opfer der Nazi-Herrschaft sein muss und sein wird.« (Diese Worte von Bürgermeister Böhrnsen fanden laut Plenarprotokoll Beifall bei allen Parteien). Doch sah man nicht sich, sondern den Bund in der Verantwortung. Der Grüne-Abgeordnete Möhle verwies auf die »nationale Bedeutung«, seine sozialdemokratische Kollegin Arnold-Cramer bekräftigte, dass »Bremen [...] diese Aufgabe nicht schultern« könne. Auch die Opposition stimmt dem einhellig zu. Frau Troedel (Die Linke) betonte, es dürfe nicht zugelassen werden, dass sich die »Bundeswehr [...] aus ihrer Verantwortung« stiehlt. Auch nach Ansicht des Abg. Richter (FDP) handelt es sich »um eine nationale Aufgabe«. Deshalb dürfe der Bund »sich nicht aus der Verantwortung herausschleichen«. Der Abg. Kau (CDU) bemerkte hingegen, dass »bloße Forderungen an den Bund allein [...] hier nicht genügen [werden] und forderte ein »klares Konzept« und Angaben zur Finanzierbarkeit ein.

Eine Woche später, am 15. April, verschaffte sich der Senat vor Ort einen eigenen Eindruck. Nahezu der gesamte rotgrüne Senat, angeführt von Bürgermeister Jens Böhrnsen und Bürgermeisterin Karoline Linnert, stattete dem Bunker »Valentin« einen Besuch ab und dokumentierte damit seine Sorge um die Zukunft des historischen Orts. Bürgermeister Böhrnsen appellierte an den Bund, hier gemeinsam mit Bremen nach



Ausstellung zum
Bunker Valentin im
Bremer Rathaus, 2007
Alle Fotos: Detlef Garbe



einer Nachnutzung zu suchen und im Bunker »Valentin« eine entsprechende Gedenkstätte einzurichten.

Ein Ansprechpartner auf Bundesseite ließ sich jedoch nur schwer ausmachen. Böhrnsen beklagte deshalb, dass der Bund die Zuständigkeit »wie eine heiße Kartoffel hin und her« schiebe. Der Bundesverteidigungsminister fühle sich wegen der bevorstehenden Standortaufgabe nicht mehr verantwortlich, der Bundesfinanzminister verneine seine Zuständigkeit, da das Gelände noch von der Bundeswehr genutzt werde. Und der Kulturstaaatsminister betone, – so Böhrnsen – »formal korrekt, Gedenkstättenarbeit sei Aufgabe der Länder«.

Von Bremen eingeladen, kamen erst am 8. September 2008 der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung Thomas Kossendey und der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Karl Diller nach Farge. Laut Pressemeldung erklärte Diller, dass er der Bund »der Freien Hansestadt Bremen den Bunker gerne verkaufen« würde.

Auch wenn – wie in solchen Fällen ja durchaus üblich – nur ein symbolischer Preis von einem Euro im Raum stehen dürfte, stößt ein solches Angebot in Bremen verständlicherweise auf Ablehnung, denn hier geht es um die Frage der Unterhaltsverpflichtung, die dem Eigentümer obliegt. Zwar zieht das Bundesfinanzministerium anscheinend auch einen Verkauf des Bunkers an Dritte in Erwägung. Jedenfalls war bereits im Februar in der Presse zu lesen (Die Norddeutsche vom 28.2.2008), dass Interessenten sich bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben melden könnten. Doch selbst dort wird – wie weiter zu lesen war – bezweifelt, dass für ein solches Bauwerk ein privater Interessent gefunden werden könne, denn die Nutzungskosten etwa für ein ziviles Materiallager seien einfach zu hoch. Nicht zuletzt die öffentliche Debatte der letzten Monate dürfte jetzt wohl dazu geführt haben, dass die abenteuerliche Vorstellung eines Bunkerverkaufs in private Hände nicht Wirklichkeit werden dürfte.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nunmehr einige Vorschläge einbringen, wie ich mir konkret die nächsten Schritte vorstellen kann. Ich habe dafür kein Mandat außer der Einladung, hier im Rahmen des Gedenkstättenseminars zum Thema sprechen zu dürfen. Mit der Distanz des Außenstehenden, nicht eingebunden in die hiesigen Strukturen, und den Erfahrungen aus meiner Arbeit in Neuengamme, wo in der Gedenkstättenentwicklung durchaus einige Parallelen feststellbar sind, kann mein Blick vielleicht hilfreich sein, zumal dieses beileibe auch nicht die erste Tagung ist, an der ich in den vergangenen Jahren in Bremen zur Frage einer zukünftigen Dokumentationsstätte bzw. zum »DenkOrt Bunker Valentin« teilnehme. Es ist deshalb auch kein großer Wurf, sondern orientiert am Machbaren, denn jetzt ist keine Zeit mehr dafür, dass das Projekt weiter vor sich hindümpelt.

Ich möchte meine Vorschläge wiederum in zehn Punkten gliedern:

I In Bremen besteht ein Bedarf an einer entsprechenden Dokumentationsstätte. Zwar sind die Mahnmale auf der Bahrs Plate in Blumenthal und in Farge durchaus eindrucksvoll, doch fehlt es an einem Informationsort, der den Ansprüchen historisch-politischer Bildung gerecht wird, ein Ort, an dem mittels Ausstellung, medialer Vermittlung und personaler Begleitung ein Angebot zur Auseinandersetzung mit den Ausprägungen des nationalsozialistischen Terrors, seinen Ursachen und Folgen besteht. Die kleine Ausstellung in dem überdies nur schwer zugänglichen Keller der Ostertorwache, dem Bremer Gestapogebäude, kann die Ansprüche nicht erfüllen, die an einen solchen Lernort zu



Heiko Kania (Verein Geschichtslehrpfad Lagerstraße) erläutert die Reste des ehemaligen Wohnbunkers des Außenlagers Farge des KZ Neuengamme, 2008
Foto: Detlef Garbe

stellen sind. Dabei kommt mit dem Verlust der Zeitzeugen und dem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis den Gedenkstätten, zumal wenn sie am historischen Ort beeindruckende bauliche Zeugen aufweisen, noch mehr Bedeutung als früher zu.

II Sicherlich genügt allein die Feststellung, dass Bremen inzwischen das einzige Bundesland ohne entsprechende Gedenkstätte ist, nicht, denn es ist natürlich auch das kleinste Bundesland. Allerdings befinden sich eine Reihe bedeutender Gedenk- und Dokumentationsstätten in der alleinigen Trägerschaft von Kommunen vergleichbarer Größe, etwa die Mahn- und Gedenkstätte in Düsseldorf und das ELDE-Haus in Köln. Doch sprechen auch Gesichtspunkte regionaler Gedenkstättenverteilung für eine Dokumentationsstätte in Bremen. Denn Bergen-Belsen und Hamburg-Neuengamme und auch das DIZ Emslandlager in Papenburg sind für einen normalen Schulbesuch zu weit entfernt. Die noch in Aufbau befindliche Dokumentationsstätte in Sandbostel ist zwar etwas näher gelegen, aufgrund der schlechten verkehrsmäßigen Erreichbarkeit bedarf es aber auch hier eines Tagesausflugs und hoher Kosten für eine Busanmietung.

III Natürlich stellt die Randlage am äußersten Ende des Bremer Nordens ein gewisses Erschwernis dar, doch befanden sich insbesondere Konzentrations- und Arbeitserziehungslager eben in aller Regel nicht in Innenstadtlagen, sondern in der Peripherie. Die Wege von Berlin nach Sachsenhausen, von München nach Dachau oder von der Hamburger Innenstadt nach Neuengamme sind auch nicht kürzer als von Bremens City nach Farge. Gleichwohl ist eine Verbesserung der Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel sehr wünschenswert. In Neuengamme hat sich die Einführung eines halbstündigen Bustaktes zu den Öffnungszeiten ausgesprochen positiv bemerkbar gemacht. Die Zahl von jährlich 8000 Besuchern, die schon jetzt im Bunker geführt wurden, obwohl die Besichtigungsmöglichkeiten kaum bekannt sind und bislang in keinem Prospekt beworben werden, lässt deutlich höhere Besucherzahlen im höheren fünfstelligen Bereich durchaus realistisch erscheinen.

IV Die Dokumentationsstätte in Farge sollte zwar den Bunkerbau und die Geschichte der hierfür eingerichteten Lager ins Zentrum ihrer Ausstellung stellen, doch sollten auch Informationen zu den weiteren Rüstungsprojekten an der Unterweser und zu anderen KZ-Außenlagern in der Region Bremen Aufnahme finden. Auch das Thema Zwangsarbeit sollte ausführlich dargestellt und stärker kontextualisiert werden. Überhaupt würde hier nach der Einrichtung der Gedenkstätte Augustaschacht 2003 in Hasbergen-Ohrbeck (bei Osnabrück), der Eröffnung des Dokumentationszentrums in den Baracken des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Berlin-Schöneweide im August 2006 und der im Mai 2007 eröffneten Dauerausstellung »Mobilisierung für die Kriegswirtschaft: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion« in den Neuengammer »Walther Werken« eine der bislang erst sehr wenigen Dokumentationsstätten zur NS-Zwangsarbeit entstehen. Die im letzten Jahr fertig gestellte Ausstellung »DenkOrt Bunker Valentin« sowohl inhaltlich wie graphisch eine sehr gute Grundlage. Sie sollte lediglich um die oben genannten und ggf. weitere Aspekte ergänzt werden. Einer neuen Dauerausstellung bedarf es hingegen – zumindest vorläufig – nicht.

V Überhaupt sind die Voraussetzungen für den Aufbau einer Dokumentationsstätte in Bremen-Farge insgesamt sehr gut: Es besteht vor Ort ein langjähriges und reges ehrenamtliches Engagement, es gibt mit der Landeszentrale für politische Bildung einen administrativen Rahmen und geeigneten Projektkoordinator, der zudem durch die fruchtbare Kooperation mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten auch die auf niedersächsischem Gebiet liegenden Lagerstandorte zu berücksichtigen vermag. Ferner sind in den letzten 20 Jahren zahlreiche Forschungsergebnisse vorgelegt und publiziert worden, zwar weniger zu den einzelnen Lagern, aber in großer Zahl zur Geschichte des Bunkerbaus. Hierzu gibt es auch eine außergewöhnlich dichte Quellenüberlieferung, vor allem zahlreiches eindrucksvolles Foto- und Filmmaterial.

VI Zweifellos muss der Bunker als Monument und Großrelikt im Zentrum stehen. Die bisherige Depotfläche ist baulich so intakt, dass sie problemlos als Ausstellungsort genutzt werden kann. Auch die klimatischen Bedingungen (nicht zu starke Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen) scheinen mir in diesem Raumteil ausreichend zu sein. Ob eine Einbeziehung der beheizten abgeschlossenen Raumstrukturen im Kopfbereich der Halle sinnvoll ist, muss geprüft werden. Eine Herrichtung des Ruinentils ist – abgesehen von ihrer Unfinanzierbarkeit – weder sinnvoll noch für die Wiederherstellung der Zugänglichkeit von Teilbereichen erforderlich. Auch andere Gebäude, die bauliche Gefährdungen aufweisen, sind – so beispielsweise im Stollensystem in Mittelbau-Dora – durch eine Wegführung auf gesicherten Stegen und durch zusätzliche Barrieren zur Sicherung der Unzugänglichkeit von Gefährdungspunkten – so im Pressenhaus, beim Kollergang und Sumpf des KZ-Klinkerwerks in Neuengamme – für Besucher erschlossen. Dabei ist auch eine Begehbarkeit nur im Rahmen von Gruppenführungen denkbar. Zur Veranschaulichung der ursprünglichen Dimensionen wäre es gut, die das Marindepot begrenzenden Trennwand zu entfernen (insofern die Folgen für das Raumklima vertretbar sind) oder durch eine Transparenz gewährleistende Abtrennung (zum Beispiel Glas- oder Baugitterelemente) zu ersetzen. Ansonsten kann der Ruinenteil ruhig dem weiteren langsamen Verfall ausgesetzt sein. Wie in den Gestaltungsentwürfen, die im Rahmen des Masterstudiengangs Architektur unter der Leitung von Prof. Helmut Ayrle 2007 entstanden, vorgesehen, sollte aber die unmittelbar um den Bunker befindliche Vegetation, die den Blick verstellt und »Valentin« versteckt und damit weiterhin tarnt, entfernt werden.

VII Für die pädagogische Arbeit bietet sich das direkt neben dem Bunker von der Bundeswehr errichtete Verwaltungsgebäude an. Hier können alle erforderlichen Räume – Anmeldung, Film- und Gruppenräume, Toiletten, Büro, Archiv u. ä. ohne sehr großen baulichen Aufwand untergebracht werden. Auch eine Cafeteria ist bereits vorhanden. Natürlich lassen sich bei einem Neubau eines Besucherinformationszentrums architektonisch anspruchsvolle und damit eindrucksvollere Entwürfe realisieren (so etwa jüngst in Ravensbrück und gegenwärtig in Dachau), doch ist hier die Finanzierbarkeit vermutlich nicht gegeben. Zudem ist das Verwaltungsgebäude auch bauliches Zeugnis der Bundeswehrrnutzung. Ob und inwieweit auch das von der Bundeswehr errichtete Wachgebäude einbezogen werden soll, ist ebenso zu prüfen wie die Frage von Mitnutzungen durch andere Einrichtungen.

VIII Neben dem Bunker kommt der durch den Geschichtslehrpfad erschlossenen Lager-topographie ein wichtiger Stellenwert zu. Hier sollten allerdings die Wegführungen verbessert werden. Insbesondere bedarf es einer Verbindung zwischen dem Bunker und dem Lagerareal. Hier empfiehlt sich die Herrichtung eines Weges, der die historische Streckenführung der früheren Lagerstraße aufnimmt. Auch die Aufstellung weiterer Informationstafeln, möglichst zur besseren Orientierung mit zeitgenössischen Fotoperspektiven versehen und von größeren Überblicksmodellen, erscheint angebracht. Ob auch weiterreichende landschaftsarchitektonische Eingriffe zur besseren Sichtbarmachung der bislang kaum auszumachenden Lagerstandorte möglich sind, ist nicht zuletzt eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Sollten größere Umgestaltungsmaßnahmen im Außengelände erwogen werden, empfiehlt sich auf jeden Fall die Durchführung eines Gestaltungswettbewerbs.

Ob die Baracke 27 als ergänzender Ausstellungsort für das Lagerareal beibehalten werden sollte, ist zu erwägen. Dafür spricht sicherlich der – auch wenn es sich nicht um eine Unterbaracke handelt – andere Raumeindruck, den das historische Barackengebäude trotz der erfolgten Veränderungen vermittelt, sowie der Vorteil eines festen Standorts (wetterunabhängige Sitzgelegenheiten, Toiletten) bei Führungen über das Lagerareal.

IX In der Debatte der letzten Monate wurde stets auf die hohen jährlichen Kosten für die Unterhaltung hingewiesen – es wurde eine Summe von 700 000 Euro genannt –, die Bremen als Bundesland mit der höchsten pro-Kopf-Verschuldung nicht übernehmen könne. So ähnlich klang es in Hamburg auch, als Mitte der 1980er-Jahre um die Zukunft des Klinkerwerks gerungen wurde. Der Erhalt sei ein Fass ohne Boden, er werde Unsummen verschlingen. Und dann wurden Summen in den Raum gestellt, die sich im Nachhinein als deutlich überhöht herausstellten. Sicherlich wird die von der Bundeswehr genannte Zahl zutreffend sein, nur dürfte es sich um die kompletten, auf die jetzige Nutzung abgestimmten Betriebskosten handeln, einschließlich Mitteln für Bewachung und Objektschutz, die mir für einen Gedenkstättenbetrieb nicht nötig erscheinen. Das große ehrenamtliche Engagement des Vereins Geschichtslehrpfad Lagerstraße, das in den letzten Jahren vieles möglich machte, bietet wohl auch – zumindest in der Übergangszeit – Chancen für den Betrieb der Gedenkstätte. Doch natürlich bedarf es möglichst bald der Beschäftigung von hauptamtlichen, professionellen Personal, zumal ab 2010 die über die Bundeswehr abgewickelten Gruppenbetreuungen entfallen werden.

X Auch für die Realisierung eines solchen, finanziell begrenzten Programms bedarf es weiterer Geldquellen, insbesondere aber der Förderung auf Grundlage der Gedenk-

stättenkonzeption des Bundes. Hierfür gilt es zunächst noch einmal auf ein Missverständnis hinzuweisen, dass in der Bremer Debatte immer wieder anzutreffen ist. Die Einrichtung von Gedenkstätten ist im Sinne dieser 1999 erstmals und jüngst im Kabinett in einer Fortschreibung verabschiedeten Konzeption nicht Aufgabe des Bundes. Vielmehr greift weiterhin die Kulturhoheit der Länder. Die Federführung hat also in den Händen des jeweiligen Sitzlandes zu liegen, das auf der Grundlage eines dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien vorzulegenden Konzepts einen Antrag auf Förderung stellen kann. Auch wenn der Bund im Rahmen einer Komplementärfinanzierung sich mit 50 % an den Projektkosten beteiligt, ist er nur fördernd tätig.

Deshalb gilt es zunächst ein tragfähiges, überzeugendes und finanzierbares Konzept zu erarbeiten. Darauf sollten sich die Anstrengungen in Bremen jetzt und zu allererst richten. Auf dieser Grundlage sollte es dann möglich sein, da bin ich mir angesichts der besonderen Bedeutung des Gedenkortes Bremen-Farge sicher, die Unterstützung des BKM zu erlangen.

Doch jenseits der Frage der Gedenkstättenförderung steht der Bund bei diesem Projekt auch selbst in der Pflicht. Hier verweist Bürgermeister Böhrnsen zu Recht auf die Eigentümerverantwortung des Bundes, die ihm nach Auszug der Bundeswehr vor allem im Bereich von Bauunterhaltung und Verkehrssicherung Mittel abverlangt. Von daher sollte auch das Bundesfinanzministerium an einem tragfähigen Gedenkstättenkonzept interessiert sein, denn eine Veräußerung an Dritte dürfte nicht nur aus historischer Verantwortung ausgeschlossen sein.

Ich komme zum Schluss:

Im Rahmen eines Konzepts für ein Dokumentationszentrum in Farge sind Fragen des Programmprofils, der Ausstellungsgestaltung, der erforderlichen personellen Ausstattung und der Trägerschaft zu bedenken. Auch dafür können die Erfahrungen anderer Gedenkstätten hilfreich sein. In Bremen findet die Diskussion über ein Gedenkstättenkonzept spät statt. Dies bietet aber auch die Chance, die Erfahrungen anderer einzubeziehen und vieles besser zu machen.

Ich habe jedenfalls die Hoffnung, dass sich nach den vielen kleinen Entwicklungsschritten der zurückliegenden Jahre nunmehr für Farge ein großer neuer Schritt hin zu einer wichtigen Dokumentationsstätte ansteht. Natürlich können die Hamburger Erfahrungen nicht übertragen werden, wo sich nach jahrzehntelangem Verdrängen des KZ Neuengamme nach bescheidenen Anfängen in den 1980er-Jahren die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu einem bedeutenden Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum entwickelt hat. Noch vor zehn Jahren war nicht davon auszugehen, dass dafür beide auf dem Gelände befindlichen Gefängnisse verlegt würden. Die Kosten für den Bau der dafür an anderem Ort notwendigen Justizvollzugsanstalt(en) waren so hoch – über 150 Mio. DM –, dass ein solcher Gedanke nur utopisch sein konnte. Und heute umfasst die Gedenkstätte das gesamte ehemalige KZ-Areal mit 15 aus der KZ-Zeit erhaltenen Gebäuden und 55 Hektar Fläche. Auch für Farge klingt heute manches noch utopisch. Wir werden sehen, wie es in zehn Jahren sein wird.

Dr. Detlef Garbe ist Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und hat in verschiedenen Funktionen an den Beratungen zur Entwicklung des »Denkort Bunker Valentin« teilgenommen, da der Bunker u.a. von Häftlingen eines Neuengammer KZ-Außenlager errichtet wurde.

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Peter Steinbach

Das 20. Jahrhundert gilt als das Zeitalter diktatorischer Systeme. Ihre Führer gaben vor, sich auf die Massen zu stützen. Dennoch schufen sie sich Überwachungs- und Terrorreinrichtungen, denn sie mißtrauten der Bevölkerung, in deren Interessen und zu deren »Wohl« sie zu handeln vorgaben. Zugleich fürchteten sie sich vor denen, die sich durch die »Visionen« und »Utopien« der Diktatoren nicht beeindruckt zeigten und deren Versprechungen nicht glauben wollten. Dennoch: Widerstand war eine Ausnahme, Anpassung war die Regel, und nicht selten wurde Folgebereitschaft als ein »breiter Rückhalt« verzeichnet, den Diktatoren angeblich in der Bevölkerung fanden. Die Suche nach der Nische, die Anpassung der – mit einem Wort des damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuß – »moralisch Anspruchslosen« machte es regimekritischen Menschen deshalb sehr schwer, sich in Diktaturen zu widersetzen. Sie mußten nicht nur ihre Furcht vor den Mächtigen überwinden, sondern sich auch über gesellschaftliche Blindheit und moralische Anspruchslosigkeit hinwegsetzen, die die Mehrheit der Zeitgenossen auszeichnete. Wer über Widerstand gegen diktatorische Systeme nachdenkt, darf deshalb die Anpassung nicht aus dem Blick verlieren. Das Zeitalter der Diktaturen ist aber stets entscheidend durch jene geprägt worden, die widerstehen konnten oder sich bewußt widersetzt haben.

An den Versuch, Deutschland aus eigener Kraft von der NS-Diktatur zu befreien, erinnern Gedenkveranstaltungen zum 20. Juli 1944, dem Tag des Attentat auf Hitlers.

Vergessen ist, dass der Weg zur Anerkennung des Widerstands im Umkreis des 20. Juli 1944 lang war, wesentlich länger und auch verworrener, als das offizielle Gedenken heute vermuten läßt. Für die Nachlebenden drückte sich erst seit den fünfziger Jahren im Attentatsversuch von Stauffenberg eine politische Hoffnung aus, die den überlebenden Regimegegnern zur Brücke wurde. Dies hatte Tresckow angedeutet, als er seinem Adjutanten Schlabrendorff unmittelbar vor seiner Selbsttötung seine Hoffnung mitgeteilt hatte, er hoffe, Deutschland möge gerade wegen dieser Tat, die den Zeitgenossen als Verrat galt, den Weg in den Kreis der zivilisierten Nationen zurück finden könnte.

Dieser Gedanke wurde in den frühen fünfziger Jahren immer wieder beschworen. Deshalb erinnerte bereits 1952 der damalige Regierende Bürgermeister Ernst Reuter an den 20. Juli und weihte ein Denkmal im Innenhof des Bendlerblocks, an der Hinrichtungsstätte der Attentäter, ein. Mitte der sechziger Jahre wurde dort eine kleine Ausstellung eröffnet, die der Zeithistoriker Friedrich Zipfel mit entwickelt⁶ hatte. Sie konnte in den achtziger Jahren erheblich ausgeweitet werden und sollte nun ein Gesamtbild des Widerstandes gegen den NS-Staat zeigen – in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit, in seinen Grenzen und Hoffnungen, in seinem Scheitern, aber auch in seiner Nachwirkung.

In dem Zitat aus dem Munde Tresckows verbergen sich aber auch Gefahren. Sie liegen darin, daß sich aus der Hoffnung der Handelnden auf den Umbruch in dunkler Zeit sehr bald ein Anspruch der Nachlebenden, schließlich eine Behauptung werden konnte, auf die sich politische Ansprüche gründen konnten: der Widerstand habe die Existenz eines anderen und besseren Deutschland bewiesen. Deshalb seien die Deutschen unter Hinweis auf den Widerstand auch berechtigt, positive Erwartungen bei ihren Nachbarn zu wecken, ja der Widerstand gegen den Nationalsozialismus eigne sich zur Begründung des Anspruchs, neuen Respekt zu verlangen. So ist dieser Satz aber

niemals gemeint gewesen. Dabei berief man sich immer wieder auf das bisher nicht verifizierte Zitat Churchills, der im Unterhaus behauptet haben soll, der Widerstand vom 20. Juli verkörpere den besten Teil der deutschen Geschichte.

Dieses Zitat, das in fast keiner Erinnerungsrede fehlt, macht eine grundlegende Schwierigkeit der Widerstandsdeutung in der Nachkriegszeit deutlich: In den immer spürbaren Neigungen der Nachlebenden, die nicht selten Überlebende waren und den Widerstand deuten konnten, wird ein grundlegendes Dilemma sichtbar. Es kann nicht darum gehen, durch den Hinweis auf die Regimegegner zu versuchen, einen positiven Posten auf dem deutschen Leistungs- oder – kirchlich gesprochen – Widerstand gleichsam auf dem »nationalen Gnadenkonto« zu verzeichnen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich im Widerstand Handlungsalternativen zur verbreiteten Anpassungs- und Folgebereitschaft verkörperten, wird man in der Auflehnung gegen den NS-Staat sichtbar machen können, daß es in Deutschland nicht nur Anpassung, Mitmachen, Folgsamkeit, Gehorsam und den Versuch zur Rettung der eigenen Haut gab – dann wiegen die Lasten der deutschen Geschichte noch schwerer. Widerstand im NS-Staat wird so zum Exempel anderer Verhaltensmöglichkeiten, die Menschen hatten und haben werden, die in Diktaturen leben – dies ist wohl die bleibende Bedeutung dieses Bereichs deutscher Geschichte, die so arm ist an Beispielen der Selbstbehauptung ist und die sich so schwer tut mit dem Respekt vor jenen, die couragiert der Bürgergesellschaft den Geist durch beispielhaftes Verhalten nahebringen wollten.

Wollte man den Widerstand nach dem Krieg hüben wie drüben benutzen, um die im Zuge des Systemkonflikts entstandenen beiden deutschen Teilstaaten moralisch zu legitimieren, so hatte das wenig Erfolg. Nach der Deutung des bürgerlich-militärischen Widerstands als »Aufstand des Gewissens« und der Einbeziehung des Widerstands des 20. Juli 1944 in die faktische Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland blieben schmerzende Nachfragen nicht aus: Das Wogegen war klar, das Wofür aber nicht. Denn es wurde deutlich, in welchem Maße der Widerstand gegen den NS-Staat auch von Bewegungen geleistet wurden, die sich nach 1945 mit der zweiten deutschen Diktatur verbanden. So sehr deshalb der Widerstand gegen den NS-Staat einen Bezugspunkt der Erinnerung in beiden deutschen Staaten darstellte, so unübersehbar schlug sich in diesem Thema auch die Teilung deutscher Geschichtsbilder nieder. Dem stellte sich die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, denn sie wollte eine Gedenkstätte aller Deutschen an den Widerstand sein, und dies lange vor dem Fall der Berliner Mauer und dem europäischen Umbruch.

Es ging dabei um die Verfolgung verschiedener Ziele historisch-politischer Bildung: Tief verwurzelt in der Struktur der obrigkeitsstaatlich geprägten Gesellschaft, teilte der aus der »Vollmacht des Gewissens« legitimierte und gedeutete Widerstand zwar vor 1945 viele Prägungen der deutschen politischen Kultur. Zugleich aber wies er über die Horizonte seiner eigenen Zeit hinaus. Dies gilt in besonderem Maße für den militärischen Widerstand. Nur nach den politischen Ordnungsvorstellungen der Regimegegner, nicht aber nach ihren Nachwirkungen zu fragen, hieße aber, die jeweils individuellen Voraussetzungen eines rigiden und nicht nach der eigenen Person fragenden Widerstehens nicht erfassen zu können.

Widerstand im Umkreis des 20. Juli – dieses Thema darf aber keinesfalls dazu verleiten, den Widerstand vor allem, wie es immer wieder versucht wird, auf den militärischen Bereich zu beschränken. Die Gefahren dieser Überhöhung sind immer wieder betont

worden. Dabei hat man auch vor dem Versuch einer krampfhaften Traditionsbildung gewarnt. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand stellt sich diesem Problem, indem sie sich jeder parteipolitischen Verengung und Einvernahme widersetzt. Deutscher Widerstand in seiner Breite und Vielfalt auf der einen, Erinnerung an den 20. Juli 1944 auf der anderen Seite – hier liegt ein Spannungsfeld, das prinzipielle Dimensionen politischen Lebens im Zeitalter der Diktaturen erschließen kann.

Deshalb darf die Beschäftigung mit dem Widerstand gegen Hitlers System nicht dazu führen, daß wir nicht mehr nach den Menschen fragen, die außerhalb dieses engen Verschwörer-Kreises nicht dem Nationalsozialismus erlegen sind, sondern die sich behaupten konnten, ohne daß wir ihre Spuren heute schon in allen Fällen genau verfolgen konnten. Der Ausstellung kommt es gerade deshalb an, Regimegegner in ihrem persönlichen Umfeld, als Ehepartner, Familienväter, Kameraden, zu zeigen, um so deutlich zu machen, was sie riskierten.

Wenn man beginnt, widerstandsgeschichtliche Handlungsmöglichkeiten zu reflektieren, stellt man sich unvermeidlich die Frage, ob es spezifische Faktoren individueller Widerständigkeit gegeben hat. Bei näherem Hinsehen stellt sich dann heraus, daß diese Faktoren weniger soziostrukturell bedingt als vielmehr Traditionen und Deutungsbezüge spiegeln, die ein Lebensgefühl oder ein Milieu hervorbringen, also einen Lebensbereich, der durch eine spezifische Weltsicht, durch ein ganz spezifisches Weltverständnis und durch eine ganz charakteristische Weltdeutung geprägt wird. Milieus sind keine festen Gebilde, sondern Deutungssysteme, eine Art Filter der Wahrnehmung, durch den Lebenswirklichkeiten, Traditionen, aber auch Zukunftshoffnungen an die Angehörigen dieser Milieus herankommen. Diese Filter werden geschaffen, sei es durch Sozialisationsmuster, sei es durch Erfahrungen, auch durch bewußte Aneignung von Prinzipien und Traditionen, also durch Weltzugänge und Deutungssysteme. Vereine, Zeitungen, Parteien, Zirkel, Kirchengemeinden schaffen diese Filter, und wenn es zur Kreuzung von Einflüssen kommt, dann verändern sich die Perspektiven. Dies muß man wollen, wenn man in Diktaturen widerstehen will, denn man wird in den Gegensatz nur selten hineingetrieben. Man entscheidet sich vielmehr für ein Leben im Widerspruch, weil man in der Wahrheit leben will.

Diese Einflüsse können Ergebnis politischer Entwicklungen sein – etwa, wenn wir erwarten, daß durch die offensichtliche Entrechtung und Verfolgung, durch Unterdrückung und proklamierten Mord Menschen aufwachen und die Koordinaten ihrer Wahrnehmung verändern. Sie sind aber an die Voraussetzung gebunden, daß überhaupt Sensibilitäten herausgebildet worden, die das Schreckliche, so offensichtlich Wahrnehmbare, dem später Geborenen bewußt machen.

Wer sich immer eingeredet hatte, daß Späne fallen müßten, wo gehobelt wird, der hatte keine Chance, sich zu empören. Es müssen bei den Widerständigen gleichsam Antennen der Wahrnehmung entstehen, die empfänglich machen für das, was man sieht, für das, an dem man beteiligt ist. Es müssen aber auch Koordinaten ausgebildet werden, die das Wahrgenommene deuten helfen – Koordinaten, die sich auf Prinzipien der Menschlichkeit beziehen, etwa auf Menschenwürde, Toleranz, Nächstenliebe, Mitmenschlichkeit. Diese Tugenden entstammen nun keineswegs soldatischer Tradition. So gesehen, will die Gedenkstätte Deutscher Widerstand daran erinnern, daß die Fähigkeit zur Empörung nicht der Endpunkt einer automatischen Entwicklung, sondern Ausdruck einer Entscheidung ist – in der Einsamkeit, für den Anstand, für Wahrhaftigkeit.

Wenn wir an katholische oder protestantische Milieus denken, an sozialdemokratische und kommunistische – dann haben wir alle wohl keinerlei Schwierigkeiten, diese Funktion von Milieus als gedeuteten Lebenszusammenhängen und Wirklichkeiten zu verstehen; wir können akzeptieren, daß die Milieus über den Zugang zur Welt, zur Wahrnehmung der Wirklichkeit entscheiden, daß sie aber auch die Fähigkeit zur Empörung beeinflussen. Milieuspezifische Einflüsse sind entscheidend, wenn es darum geht, Konsequenzen einer wahrgenommenen Wirklichkeit zu ziehen.

Widerstand setzt überdies die Distanzierung von den Sogströmungen der Zeit voraus. Auch in dieser Hinsicht zielt die Gedenkstätte auf mehr als lediglich auf die Dokumentation der Ereignisse und Fakten. Ziel Politik nicht selten auf die Konstruktion einer Wirklichkeit, nicht selten durch massive Beeinflussung von Stimmungen geglaubt wird, so strebt sie zugleich die Erzeugung von Fraglosigkeiten, also Spiralen des Schweigens, an. Sie will Bereiche schaffen, in denen das Schweigen näher liegt als ein Protest. Der Widerstand gegen den NS-Staat läßt sich somit auch als ein Versuch deuten, der Spirale des Schweigens zu entkommen. Einige Menschen haben gewagt, sich gegen den Sog der Stimmungen zu stemmen, den die Nationalsozialisten durch Reden, Plakate, Reportagen, durch Fahnen, Musik, Zeremonien und Paraden, durch Frack und Pickelhaube, durch Reichskriegsflagge und Deutschlandlied, durch Versöhnungsangebot und Betonung des eigenen Herrschafts- und Gestaltungswillens erzeugt haben. Sie stellen sich gegen verbreitete Emotionen und verdienen Erinnerung und Respekt.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand erschließt mit der Breite und Vielfalt des Widerstands eine Fülle von Milieus der Resistenz. In den Milieus halten sich Traditionen, die auch dem einzelnen die Chance eröffnen können, sich gegen seine Zeit zu stellen, hier bewahren sich Reste einer anderen als der vorherrschenden Deutung von Wirklichkeiten, hier behauptet sich deshalb die Kraft zur Distanzierung von Zeitströmungen. Hier entwickelt sich eine Moral, die gerade nicht durch den weltanschaulichen Führungsanspruch der Diktatoren geprägt wird.

In den frühen Jahren nationalsozialistischer Herrschaft sind viele Zugänge zur Weltdeutung und zum Weltverständnis zunächst durch die Weltdeutungsansprüche der Parteien aus der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Intellektuellen geprägt, die von den Nationalsozialisten immer zu Gegnern, zu Feinden, zu Fremden erklärt worden waren. In Kreisen der KPD, der SPD, der Publizisten finden wir deshalb die Regimegegner der ersten Stunden, aber auch die ersten Opfer – unter ihnen der militärpolitische Experte der SPD-Fraktion im Reichstag Julius Leber, der in Lübeck zusammengeschlagen, inhaftiert, aber auch von seinen Anhänger in die Freiheit demonstriert wird. Zigtausende versammelten sich vor Lebers Gefängnis und bekamen ihn frei, ihn, der wie kein anderer Sozialdemokrat die Fähigkeit hatte, die Militärs zu verstehen. Deshalb ist es ein Zeichen besonderer Ehrung dieses Sozialdemokraten und wichtigsten Vertrauten von Stauffenberg, daß das Berliner »Quartier Napoleon« heute »Julius-Leber-Kaserne« genannt wird.

Zu den Regimegegnern der zweiten Stunden gehörten Christen beider Konfessionen. Sie machen deutlich, wie wichtig Traditionen der Wahrnehmung und Weltdeutung sind, wenn sie Prinzipien begründen, die eine Distanzierung von der Gegenwart erleichtern. Aus diesen Prinzipien werden nicht selten Traditionen, Brücken zwischen Vergangenheit und Zukunft, die sich in der Gegenwart zu bewähren haben. Nachdem aber die Regimegegner der zweiten Stunde auch gescheitert waren, weil sie das Blatt weder in den

Bereichen, in denen sie wirkten, noch in der deutschen Gesellschaft wenden konnten, wurde die Rolle des einzelnen immer wichtiger – nach der Phase des Protestes und der Demonstration der abweichenden Meinung und der Phase einer aktiv begründeten Nonkonformität mit den nationalsozialistischen Wertvorstellung, von Distanz aus Disidenz begann eine neue Phase der Regimegegnerschaft, die aus zentralen Bereichen des Staates selbst einsetzte, eines Widerstands »aus dem Zentrum der Macht heraus« erfolgte und deshalb in besonderer Weise durch das Dilemma von Kooperation mit dem Regime und Konfrontation mit seinen »Zumutungen« geprägt war. Auch dieses Handlungsdilemma, das Handlungsspielräume schafft, wird in der Ausstellung stets auf neue reflektiert.

Die Elemente der vorangegangenen Phasen und Stufen der Regimegegnerschaft prägten somit auch die Phase des militärisch bestimmten Widerstands – von Verwaltungsbeamten, von Diplomaten, von Militärs – sie kamen überwiegend aus Kreisen des Bürgertums und des Militärs, auch aus dem Adel, allerdings sehr oft aus einem Adel, der sich sozial geöffnet hatte – Kennzeichen dieser Öffnung ist z.B. die Tatsache, daß Menschen wie Trott, Moltke, Yorck, Haefen Ehepartner suchen und finden, die fest in den Wertvorstellungen des Bürgertums verankert waren.

Es geht also bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Widerstands nicht um die Wahrnehmung und Betonung zufälliger Verbindungen von Lebenslinien und Bekanntschaften der Regimegegner, um die Betonung ihrer Verwandtschaften, Kameradschaften und Nachbarschaften, sondern es geht um die Frage, wie es trotz der Überlagerung von überkommenen Strukturen der Wahrnehmung und der Verarbeitung von Wirklichkeit durch eine diktatorisch geprägte Vorstellungen von Welt, Geschichte, Politik und Zukunft zur Behauptung einer Eigenständigkeit kommt, die dem Einzelnen in die Verantwortung für die öffentlichen Dinge stellt.

Sich empören zu können über Verfassungsverletzungen, Entsetzen zu empfinden angesichts der Übergriffe gegen Mitmenschen, Widerstände zu entwickeln bei der Planung des Unrechts und sich der Vorbereitung des Krieges zu versagen, dies setzt die Kraft zur Unabhängigkeit der Urteilsbildung voraus, die nur ganz selbstständige, »unbedingte« Naturen entwickeln können.

Im Widerstand finden wir deshalb zunächst »geborene Regimegegner«, die sich aus ihrer eigener politischer Überzeugung den Ansprüchen der Diktatur widersetzen. Aber wir finden auch einzelne Verwaltungsbeamte, Richter, Militärs und Angehörige des Bildungsbürgertums, die nicht im Sinne der Diktatur funktionieren wollen. Sie wollen sich nicht begeistern oder lähmen lassen, deshalb können sie in zunehmendem Maße die Versuche von Diktatoren durchschauen, mit allen Mittel Massenbegeisterung zu erzeugen, die Zeitgenossen ständig in Unruhe und Bewegung zu halten und sie so vergessen zu lassen, daß selbst die Not ein Gebot kennt.

Weil die Regimegegner sich anderen Zielen verpflichtet, lassen sie sich nicht immer auf die Anforderungen des Regimes ein. Entscheidend ist es, im Nachvollzug den Punkt zu erfassen, an dem Folgebereitschaft in Gegensätzlichkeit und Verweigerung umschlägt. Widerständige Militärs ahnen und wissen schließlich, daß die Zugehörigkeit zur Nation nicht alles erlaubt und alles gestattet, was die nationalsozialistischen Deuter (und »Umdeuter«) dieser Nation als »nationale Verpflichtung« hinstellen. Deshalb wissen sie auch, daß sehr wohl ein Punkt kommen kann, an dem begangenes Unrecht den »Bestand der Nation« (Ludwig Beck) gefährdet. Sie entwickeln konkurrierende Maßstäbe,

sie werben bei anderen dafür, wollen Mitmenschen, Kameraden, Freunde und Verwandte aufrütteln und so von denen distanzieren, die den Vaterlandsbegriff monopolisiert haben. Angesichts der Verbrechen gelingt es einigen von ihnen immer wieder, sich von vorherrschenden Stimmungen unterscheidende Sichtweisen zu vermitteln. So können manche, die sich dann im Widerstand finden, einem flächigen patriotischen Denken entgehen und zum Vertreter eines anderen Deutschland werden.

Geschichte fällt demjenigen, der sich erinnern will, aber nicht automatisch in den Schoß, sondern die Erinnerung muß erarbeitet werden. Diesem Ziel dienen die Gedenkstätten – auch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Jährlich kommen fast 100 000 in ihre Räume, unter ihnen viele junge Menschen, viele angehende Soldaten, immer wieder Schüler und Studenten. Sie konfrontieren sich mit einer Lebenswirklichkeit, die durch Diktaturen geprägt war, aber in der nicht alle sich dem Bösen unterwarfen, sondern dessen Maskerade durchschauten. Und auch die Web-Seiten der Gedenkstätten werden hunderttausendfach aufgesucht.

Geschichte wird gewiss oftmals auch aus geschichtspolitischer Absicht als Tradition konstruiert – das ist dann richtig und verständlich, wenn sich die historische Erinnerung dem Willens verschreibt, in der Vergangenheit die Gefährdung des Individuums deutlich zu machen – gefährdet durch Ideologen, die im Menschen nicht mehr die Menschenwürde betonten, sondern ihn zum Gegenmenschen werden ließen und so den Boden einer Zivilisation verließen, die ihren Reichtum gerade in der Vielfalt der Menschen und in der menschenwürdigen Ordnung des Zusammenlebens fand.

Prof. Dr. Peter Steinbach, Lehrstuhlinhaber für neuere und neuste Geschichte der Universität Mannheim, ist Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Vorsitzender des internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors.

Nationales Gedenken ist voraussetzungsvoll

DAS BEISPIEL DER ÖSTERREICHISCHEN HÄFTLINGE
IM NS-KONZENTRATIONSLAGER SACHSENHAUSEN¹

Kerstin Hosa und Carola Sachse

Das Gedenken an nationale Opfergruppen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Das NS-Regime verfolgte Menschen weniger aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, als vielmehr wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen oppositionellen Haltung, einer ihnen zugeschriebenen sozialen, sexuellen oder genetischen und vor allem »rassischen« »Minderwertigkeit« oder einfach, weil ihre schlichte Existenz seinen kontinentalen Expansionsplänen im Wege stand. Angesichts der nach Millionen zu beziffernden Opferzahlen bedarf aber offensichtlich das Gedenken gerade auch im wachsenden zeitlichen Abstand der Konkretion – sowohl der Gruppen von Menschen, die sich erinnern, als auch der Gruppen von Menschen, derer sie gedenken wollen. Die Möglichkeit der Identifikation über die gemeinsame nationale Zugehörigkeit liegt nahe in einem Europa, das sich auch im 21. Jahrhundert noch immer als eines der Nationen versteht. Gleichwohl ist nationales Gedenken in hohem Maße voraussetzungsvoll.

Zur Historizität nationaler Identifikation

Das nationale Identifikationsangebot wurde nicht erst seit der Niederschlagung der NS-Herrschaft und der Neuvermessung der europäischen Staaten entsprechend den Vorgaben der alliierten Siegermächte gern genutzt. Bereits in den Lagern bildeten sich nationale Gruppen, die Vertreter in das jeweilige »internationale Lagerkomitee« delegierten. Für Österreicher war dies schwieriger, trugen sie doch wie die deutschen Häftlinge kein nationales Abzeichen. Im Konzentrationslager Sachsenhausen war es der burgenländische Kommunist Hans Pointner, der eine Anzahl österreichischer Mit-Häftlinge, die sich als »nationale Leitung« verstanden, in der 1942 gebildeten »internationalen Häftlingswiderstands-Leitung« vertrat. Gelegentlich mochte es für den einen oder anderen Häftling nützlich sein, sich einem Kärntner oder Tiroler Mitglied der SS-Wachmannschaften als Landsmann zu erkennen zu geben, während eine allzu vernehmbare Selbstbezeichnung als Österreicher unweigerlich drakonische Strafen nach sich gezogen hätte.

Nach der Befreiung der Lager kehrten die meisten der Überlebenden in ihre Herkunftsländer zurück. Aus welchen Gründen auch immer sie in die Lager geraten waren, ob sie sich zuvor dort ihrer nationalen Gruppe angeschlossen oder auch nur von deren Existenz erfahren hatten oder nicht – spätestens jetzt wurden sie zu national kategorisierten NS-Opfern. Sie mussten bei den rekonstituierten Nationalstaaten um dringend benötigte Unterstützungen ansuchen und ihre Entschädigungsansprüche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als dem Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs über ihre nationalen Vertretungen geltend machen. In Österreich als einem der Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie und einverleibten Teil des »Dritten Reiches« war die Frage der Staatsbürgerschaft besonders kompliziert. Hier regelte das Opferfürsorgegesetz von 1947 mit seinen zahlreichen Änderungen in den folgenden Jahren, wer Ansprüche geltend machen konnte und in diesem Sinne ein österreichisches NS-Opfer war. Mehr

als siebzig Jahre nach der Eingliederung Österreichs in das »Dritte Reich« erscheint indessen ein entsprechend wohlfahrtsstaatlich reglementiertes Gedenken nicht nur als unangemessen bürokratisch; es wird auch – und im Falle Österreich vielleicht noch mehr als anderenorts – deutlich, dass nationales Gedenken nur um den Preis der Selektion nach immer wieder erneut diskussionsbedürftigen Kriterien zu haben ist.

Gedenken an nationale Opfer ist noch in einer anderen Hinsicht voraussetzungsvoll. Es waren vor allem die Mitglieder jener »nationalen Leitungen«, die sich nach ihrer Befreiung in wiederum nationalen Lagergemeinschaften für die öffentliche Erinnerung an die Verfolgung und ihren eigenen Widerstand engagierten. Die Geschichten der nationalen Opfergruppen schrieben die Überlebenden – nicht die zu Tode Gebrachten; die noch etwas kräftigeren Häftlinge mit den nur wenig, dennoch entscheidend besseren Arbeitsbedingungen – nicht die entkräfteten »Muselmänner«; die politisch versierten, noch immer wortgewandten und artikulationsfähigen – nicht die in ihren Traumata gefangenen, für lange Zeit sprachlos gewordenen Menschen. Die Wortführer schrieben ihre Geschichte nicht zuletzt, um ihre Unterworfenheit abzuschütteln und sich endlich wieder als Subjekt ihres Lebens begreifen zu können. Sie erzählten häufiger Geschichten der eigenen Handlungen, der Solidarität, des Widerstands und der heroischen Tode der Kameraden – weniger die Geschichten der Gruppenegoismen und der blutig ausgetragenen Streitigkeiten um den letzten überlebensnotwendigen Bissen Brot, des Geschundenseins, des elenden Dahinvegetierens und anonymen Wegsterbens.

Die Geschichte der österreichischen Häftlinge in Sachsenhausen wurde das erste Mal 1961 von Erich Fein, einem Aktivisten der kommunistischen Jugendbewegung und langjährigen Buchenwald-Häftling, der selbst nicht in Sachsenhausen gewesen war, öffentlich präsentiert und zwar anlässlich der Eröffnung der DDR-Mahn- und Gedenkstätte auf dem ehemaligen Lagergelände von Sachsenhausen. Zu diesem Zeitpunkt war die Erinnerung an die NS-Verfolgung fest eingezurrt in die ideologische Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges. Als eine von 19 nationalen Ausstellungen sollte auch die österreichische dazu beitragen, Sachsenhausen als – wie es in typischer DDR-Diktion lautete – »Ort des internationalen Kampfes gegen den Faschismus« und »Kaderschmiede international aufrechter Patrioten« darzustellen.²

Zwanzig Jahre später bildete das von Erich Fein zusammengestellte Material noch immer den Grundstock für den Sachsenhausen-Teil einer Ausstellung über Österreicher in sechs ausgewählten Konzentrationslagern, die seit 1982 in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen gezeigt wird. Allerdings zollte der Sachsenhausen-Teil dem nunmehr österreichischen Standort und dem dort stattgefundenen Wandel des Geschichtsbildes Tribut: Neben Hans Pointner, dem kommunistischen Repräsentanten der »nationalen Leitung« in Sachsenhausen, wurde Viktor Stein, der sozialdemokratische Wiener Gemeinderat und Mitglied des Nationalrats, hervorgehoben. Er war Ende 1939 von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, aber dennoch kurz darauf nach Sachsenhausen verbracht worden, wo er vier Monate nach seiner Einlieferung ermordet wurde. Dass die Deportation und Ermordung Steins möglicherweise nicht seiner sozialdemokratischen Parteibindung, sondern seiner jüdischen Herkunft galt, wurde nicht erwogen. Karl Tuppy wurde als »das erste österreichische Opfer in Sachsenhausen« gewürdigt; er hatte als Staatsanwalt 1934 Anklage gegen die NS-Juliputschisten geführt, war in einer der ersten Razzien nach dem »Anschluss« 1938 festgenommen und unmittelbar nach seiner Überstellung nach Sachsenhausen im September 1939 erschlagen worden. Schließlich

wurde sein damaliger Vorgesetzter, der frühere Justizminister Kurt Schuschnigg, als letzter Bundeskanzler präsentiert, ohne seine Verantwortung für die politische Justiz gegenüber den Aufständischen vom Februar 1934 und die anschließende autoritäre Diktatur auch nur zu erwähnen. Schuschnigg wurde unmittelbar am 12. März 1938 festgenommen und mehrere Jahre in Wien und München inhaftiert; er wurde im Dezember 1941 nach Sachsenhausen gebracht und dort bis zu seiner Evakuierung im Februar 1945 in einem der Sonderhäuser unter vergleichsweise komfortablen Bedingungen interniert. Diese sich über ein breites politisches Spektrum erstreckende Kollektion einer knappen Handvoll prominenter Häftlinge sollte in den 1980er Jahren die Einheit eines »österreichischen Freiheitskampfes« versinnbildlichen, die die ehemals verfeindeten politischen Lager der Ersten Republik überspanne. Der »Geist der Lagerstraße« war zuerst für Dachau, wohin nach den ersten Verhaftungswellen 1938 einige Tausend Österreicher verbracht worden waren, dann auch für Auschwitz, Buchenwald und Mauthausen mit ebenfalls hohen Zahlen an österreichischen Häftlingen beschworen worden. Er wurde zum Gründungsmythos der großkoalitionären Zweiten Republik und sollte nun auch für Sachsenhausen in Anschlag gebracht werden. Angesichts solcher politischer Überformungen des nationalen Gedenkens an NS-Opfer bis in die jüngste Gegenwart hinein stellt sich die Frage, wer die Menschen im Konzentrationslager Sachsenhausen tatsächlich waren, an die die Republik Österreich siebzig Jahre nach dem »Anschluss« mit einer im Sommer 2008 auf dem Gelände der Gedenkstätte angebrachten Gedenktafel erinnern möchte. Wie viele waren es, woher und warum kamen sie nach Sachsenhausen, wo sie sind geblieben?

Definitions(ohn)macht von Datenbanken

Diese schlicht klingenden Fragen sollten sich, so die Annahme zu Beginn unserer Recherchen, mithilfe der vorhandenen Listen und Daten einigermaßen rasch und hinreichend beantworten lassen. Die Idee war einfach: Die in Sachsenhausen und im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) in Wien vorhandenen Listen mit Namen von rund 100 bis 300 österreichischen Sachsenhausen-Häftlingen sollten überprüft, zusammengeführt und ergänzt werden, um sie anschließend statistisch auswerten zu können. Die Realisierung war tückisch: Wer hatte wen nach welchen Kriterien als österreichischen Häftling identifiziert? Wie konnten aus der Lagerdatei weitere österreichische Häftlinge herausgesucht werden, wenn sie nach 1938 als Reichsdeutsche eingetragen worden waren? War jemand, zu dem sich nur der Name oder die Häftlingsnummer sowie der Hinweis fanden, dass er in Wien oder Linz verhaftet worden war, zuvor österreichischer Staatsbürger gewesen, hatte er Heimatrecht oder einen langjährigen österreichischen Wohnsitz gehabt? Wie stand es um seinen Leidensgenossen, der in Prag verhaftet worden war, aber zuletzt in Salzburg gewohnt hatte? Wie um den in Lemberg geborenen, in Brünn verhafteten und nach dem Krieg in Graz wohnenden Überlebenden? Auch wenn wir die »weichen« Kriterien übernommen haben, die das DÖW seinen Opferdatenbanken und damit unseren wichtigsten Quellen zugrunde legt, blieben und bleiben immer noch viele Einzelfälle zu klären.

Entstanden ist gleichwohl eine komplexe Datenbank, die tausende von Informationen enthält und viele Abfragen ermöglicht. Aber auch diese Datenbank ist noch immer ein höchst voraussetzungsvolles Artefakt. Sie ist erstens nicht vollständig. Wir wissen inzwischen von 676 der insgesamt über 200 000 Sachsenhausen-Häftlingen, dass sie 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft oder das Heimatrecht oder einen langjährigen

österreichischen Wohnsitz hatten, dass sie also Österreicher im Sinne der vom Dokumentationsarchiv geführten Opferlisten waren. Von über 300 weiteren Sachsenhausen-Häftlingen, deren Daten einen biographischen Bezug zu Österreich aufweisen, muss dies erst noch überprüft werden. Von manchen der Sachsenhausen-Häftlinge werden wir vielleicht nie wissen, ob sie aus einem deutschen oder österreichischen Neuenburg, einem elsässischen oder westpolnischen Altenberg kamen.

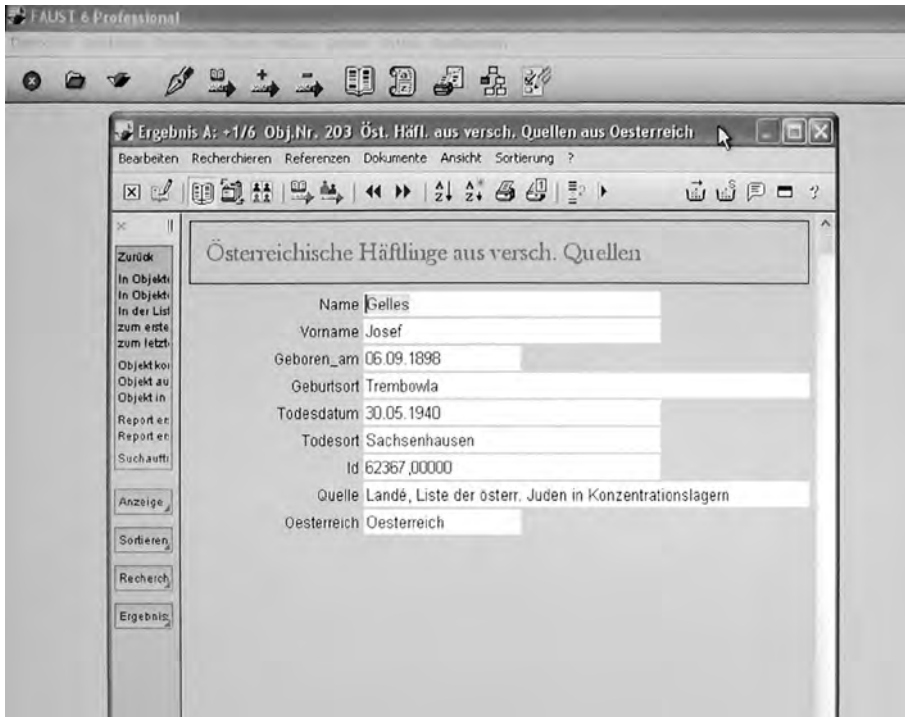
Die Datenbank ist zweitens nicht repräsentativ. Zwar sind uns mit 676 Personen inzwischen mehr als doppelt so viele österreichische Sachsenhausen-Häftlinge namentlich bekannt als bisher. Aber noch immer sind diejenigen Gruppen stärker vertreten, die etwa in den späteren Lagergemeinschaften aktiv ihre eigene Geschichte tradiert haben, die Fürsorgeanträge stellten und als Überlebende nach dem Krieg die Behörden kontaktierten sowie diejenigen, nach denen seit den 1990er Jahren verstärkt gesucht wurde und die etwa in die DÖW-Datenbank der österreichischen Holocaust-Opfer aufgenommen wurden. Weniger oder noch immer gar nicht vertreten sind diejenigen, die als »Zigeuner«, homosexuell oder »asozial« Stigmatisierte, als vermeintliche oder tatsächliche Kriminelle auch nach dem Krieg gravierende Gründe hatten, nicht in Erscheinung zu treten, zumal sie meist nicht auf Entschädigungen oder Fürsorgeleistungen hoffen durften. Nicht vertreten sind alle diejenigen, die den mörderischen KZ-Bedingungen erlagen oder ermordet wurden, ohne dass sie Spuren in den Akten oder der Erinnerung der Überlebenden hinterlassen konnten. Dennoch lässt sich auf Basis unserer Daten jetzt ein erheblich differenzierteres Bild der sozialen und vor allem der verfolgungspolitischen Zusammensetzung der österreichischen Sachsenhausen-Häftlinge zeichnen.

Verfolgungsgründe

Hinweise auf die persönlichen Verfolgungsgründe liegen für 586 der in die Datenbank aufgenommenen Personen vor. Bevor diese genauer aufgeschlüsselt werden, ist zu konstatieren, dass zu 253 Personen Angaben vorliegen, die darauf hinweisen, dass diese primär aufgrund der Nürnberger Rassegesetze von den Nationalsozialisten als »Juden« kategorisiert, verfolgt und in das KZ Sachsenhausen deportiert wurden. Waren nach dem »Anschluss« einzelne von ihnen noch aus politischen Gründen verhaftet worden, so kam es mehr als einmal vor, dass sie mit ihrer Ankunft in Sachsenhausen als »Juden« umkategorisiert wurden – so auch der in der Ukraine geborene Wiener Jurist Josef. Er wurde im November 1939 als »Schutzhäftling« eingewiesen, aber wenige Tage später als polnischer Jude etikettiert; er starb ein halbes Jahr später.

152 nicht-jüdische Männer wurden als politische Häftlinge gekennzeichnet. Darunter waren 1939 die 19 Spanienkämpfer, die von Dachau nach Sachsenhausen überstellt worden waren, und acht katholische Priester, die 1940 wieder nach Dachau zurückgeschickt wurden. Es waren alle politischen Richtungen vertreten bis hin zu dem Wiener Bäckermeister und NSDAP-Mitglied Oskar Blie, dem man 1942 »Rundfunkverbrechen« und »Anstiftung zum Hochverrat« vorgeworfen hatte und der von November 1943 bis April 1945 in Sachsenhausen blieb.

Dem Wiener Leopold Mikisek, der von März 1940 bis zu seiner Entlassung im April 1944 in Sachsenhausen inhaftiert war, wurde Arbeitsverweigerung vorgehalten. Mikisek musste, wie eine sehr heterogene Gruppe von 82 Männern, denen etwa Bettelei, Alkoholismus oder Obdachlosigkeit vorgehalten wurde, den schwarzen Winkel tragen. Die meisten dieser Männer blieben oft nur kurz, wurden viel-



Datenbank zu den österreichischen Häftlingen des KZ Sachsenhausen
Foto: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten/Archiv Sachsenhausen

mehr ebenso wie die 65 mit dem grünen Winkel als kriminell Gekennzeichneten häufig zwischen den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Dachau, Buchenwald und Mauthausen hin und her verfrachtet. Mindestens 14 von ihnen wurden in der »Euthanasie«-Aktion 14f13 in den Anstalten Bernburg und Hartheim umgebracht. Weiterhin finden wir mindestens 30 Zeugen Jehovas: Die Brüder Johann und Mathias Renner aus dem Salzkammergut, kamen mit zwei unterschiedlichen Transporten im März 1940 nach Sachsenhausen, wo Mathias bereits nach wenigen Wochen starb. Johann wurde nach einigen Monaten über Dachau nach Lublin verschleppt, wo sich seine Spuren verloren. Er wurde 1948 für tot erklärt; auch seine Kinder waren in Konzentrationslagern ermordet worden; nur seine Ehefrau Maria überlebte die NS-Zeit.

Besonders mörderische Arbeitsbedingungen vor allem in der Strafkompagnie Klinkerwerk hatten die vier als homosexuell gekennzeichneten österreichischen Häftlinge. Der Überlebende Heinz Heger konnte sie in seiner Autobiographie schildern, der Priester Josef Pachner überlebte sie 1940 keine zwei Monate, der in Triest geborene Wiener Transvestit Friedrich Guzman keine Woche.

Durchgangsstation Sachsenhausen

Neben der sozialen und verfolgungspolitischen Heterogenität der österreichischen Häftlinge wird ein Weiteres deutlich: Ihre Verweildauer in Sachsenhausen war extrem unterschiedlich. Manche überlebten nicht einmal die Einweisungsprozedur; manche starben nach wenigen Tagen; viele wurden nach Wochen oder Monaten in andere Lager verfrachtet; wenige wurden in den Militärdienst entlassen. Von 371 Häftlingen ist uns die Aufenthaltsdauer bekannt: 211 von ihnen waren weniger als 6 Monate in Sachsenhausen, 85 blieben ein Jahr, 59 blieben zwei oder drei Jahre; nur 16, allesamt



als politisch gekennzeichnete, Häftlinge blieben vier bis sechs Jahre. Nur für diejenigen, die mehrere Jahre in Sachsenhausen zubringen mussten, konnte sich ihre dortige Erfahrung als eine kohärente Geschichte darstellen.

Dies gilt in besonderer Weise für den Spanienkämpfer Franz Primus. Er blieb vom Herbst 1939 an für viereinhalb Jahre in Sachsenhausen. Als so genannter Läufer hatte er zu fast allen Bereichen des Lagers Zugang und konnte sogar Informationen aus dem SS-Bereich an die Häftlingsselbstverwaltung weitergeben. Primus gelang im Mai 1944 die Flucht aus einem Aufräumkommando in Berlin-Lichterfelde, nachdem er gewarnt worden war, dass seine Rücküberstellung ins Hauptlager und, wie er fürchtete, seine Liquidation als Mitwisser bevorstehe. Er gehörte später ebenso wie seine mehrjährigen österreichischen Sachsenhausen-Kameraden Waldemar Quaiser und Fritz Horn, die – nach der Absetzung des deutschen Kommunisten Harry Naujoks im Jahr 1942 – zeitweilig als Lagerälteste eingesetzt worden waren, zu den Aktivisten der österreichischen Lagergemeinschaft Sachsenhausen.

Für die meisten österreichischen Häftlinge war Sachsenhausen eine unter mehreren Stationen einer mehrjährigen terroristischen Verfolgung. Die Geschichte der österreichischen Häftlinge in Sachsenhausen ist die des Hin-und-Her-Getriebenseins von rund siebenhundert, vielleicht tausend oder noch mehr Menschen, von denen sich nur wenige untereinander kannten oder auch nur begegneten. Sie kamen als Einzelne oder in eher kleinen Gruppen nicht nur aus Österreich, sondern aus vielen Ecken des besetzten Europas und oft bereits aus anderen Lagern. Als Einzelne oder in Gruppen, die nach den unterschiedlichsten Kriterien, jedenfalls nicht nach ihrer österreichischen Nationalität oder Herkunft neu zusammengesetzt waren, wurden sie wiederum in andere Lager und zuletzt auf die Todesmärsche geschickt.



Enthüllung Gedenktafel für die im KZ Sachsenhausen inhaftierten Österreicher durch den Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Dr. Hans Winkler, 23.6.2008
Fotos: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten/Archiv Sachsenhausen

Zugangsdaten – Markierungen der NS-Verfolgungsgeschichte

In der historischen Rückschau lassen sich anhand der Zugangsdaten, die für 485 Personen vorliegen, einige zeitliche Markierungen feststellen. Schon vor 1938 verzeichnete die Sachsenhausener Lagerstatistik vierzig österreichische, so genannte Besserungshäftlinge. Folgen wir den vorhandenen Quellen, dann kamen im Zuge der Verhaftungswellen im Frühjahr und Sommer 1938 und der Novemberpogrome nur relativ wenige Österreicher nach Sachsenhausen und diese wurden meist aus Gefängnissen und anderen Lagern überstellt.

Wenige Wochen nach Kriegsbeginn stiegen die Zugangszahlen in Sachsenhausen generell stark an. Sie erreichten im Spätsommer 1940 einen dramatischen Höhepunkt. Dies spiegelte sich auch in der Zahl der Neuankömmlinge aus Österreich; für 1939 lassen sich 81 und für 1940 173 Neuregistrierungen nachweisen. Von allen uns bisher bekannten Zugangsdaten fallen mehr als die Hälfte in die Jahre 1939 und 1940. Für 1940 fällt besonders auf, dass die Zahl der 76 als »asozial« stigmatisierten oder als kriminell gekennzeichneten Neuankömmlinge die der 52 als politisch eingestuften Neuankömmlinge deutlich überschritt. Egal welcher Kategorie sie zugeordnet wurden, waren die österreichischen Häftlinge oft nur für einige Monate in Sachsenhausen, bevor sie in andere Lager weiter transportiert wurden.

1942 stiegen die Zugangszahlen in Sachsenhausen generell wiederum stark an. Unter den 74 Österreichern, die vor allem in der zweiten Jahreshälfte nach Sachsenhausen kamen, waren mindestens ein Drittel jüdische Häftlinge. Im Zuge der Verlagerungen, mit denen das Reich und die Konzentrationslager im Reichsgebiet »judenrein« gemacht werden sollten, wurden sie – aus anderen Lagern kommend – einige Tage oder Wochen in das sowieso schon überfüllte Lager Sachsenhausen gepfercht wurden, bevor man sie nach Auschwitz weitertransportierte. Dazu gehörten die beiden Wiener Josef Leopold

Sitzmann und Michael Sprechmann. Sie waren schon unmittelbar nach dem »Anschluss« verhaftet worden und hatten mehrere Jahre in Buchenwald überlebt, bevor sie Anfang September 1942 nach Sachsenhausen und von dort Ende Oktober nach Auschwitz gebracht wurden. Dort kam Josef Sitzmann direkt nach seiner Ankunft zu Tode, während Michael Sprechmann alle Selektionen überstand, um schließlich nach Mauthausen evakuiert zu werden, wo er zu guter Letzt befreit wurde.

1942 war auch das Jahr, in dem die berühmte Fälscherwerkstatt in Sachsenhausen eingerichtet wurde. Dreizehn der etwa einhundertvierzig dort eingesetzten Graphiker, Buchdrucker, Zeichner, professionellen Fälscher und sonst wie brauchbar qualifizierten jüdischen Häftlinge waren Österreicher. Sechs von ihnen – Ernst Jakob Gottlieb, Hans Kurzweil, Leo Krebs, Karl Viktor Steiner, Artur Springer und Chaim Zeichmer – kamen 1942 direkt von Buchenwald dorthin. Drei weitere – Karl Sussmann, Hans Blass und Hans Lenthal – mussten erst nach Auschwitz, bevor sie 1944 nach Sachsenhausen überstellt wurden. Vier weitere Österreicher kamen aus anderen Lagern in die Fälscherwerkstatt. Abraham Kleinfeld wurde noch in Sachsenhausen ermordet. Im Februar 1945 wurde die komplette Werkstatt nach Mauthausen evakuiert. 137 Angehörige des Fälscherkommandos, die alle die ganze Zeit mit ihrer Ermordung als »Mitwisser« gerechnet hatten, wurden dort schließlich befreit.

Die hohen Einlieferungszahlen von 1943 und die immer stärkere Überfüllung des Lagers Sachsenhausen finden in den Zugangsdaten der österreichischen Häftlinge keine Entsprechung. Dafür steigen ihre Zugangszahlen in den Jahren 1944/45 wieder an und zwar vor allem im Zuge der Räumung der Lager im Osten; aus Riga, Auschwitz, Groß-Rosen, Gleiwitz und anderen Lagern wurden Häftlinge nach Sachsenhausen transportiert. Darunter waren auch 78 österreichische Juden, wie zum Beispiel der Kellner Karl Josef Lichtblau, der sich bis Anfang 1943 in Wien als »U-Boot« hatte durchschlagen können, dann nach Auschwitz deportiert, von dort nach Sachsenhausen evakuiert und zuletzt in Flossenbürg befreit wurde.

Erstmals finden wir um den Jahreswechsel 1944/45 auch den Zugang von 14 österreichischen, davon 13 jüdischen Frauen verzeichnet. Sie wurden zum größeren Teil im Zuge der Räumung von Auschwitz nach Sachsenhausen und von dort in weitere innerdeutsche Lager oder auch nach Mauthausen verschleppt. Eine von ihnen war die Wienerin Grete Feldsberg. Sie kam 1941 ins Ghetto Litzmannstadt (Lodz), von dort im August 1944 nach Auschwitz und einen Monat später in ein Sachsenhausener Außenkommando in Berlin-Neukölln, wo sie für einen Zweigbetrieb der Firma Krupp Zwangsarbeit verrichten musste. In den letzten Kriegstagen musste sie mit ihrem Kommando zu Fuß nach Sachsenhausen marschieren; dort blieb sie eine Nacht, um dann mit einem Güterzug weiter nach Ravensbrück transportiert zu werden, wo sie schließlich befreit wurde.

Für die meisten der 676 bekannten österreichischen Häftlinge war Sachsenhausen eine Durchgangsstation auf einer langen Odyssee des Schreckens; 116 von ihnen fanden noch in Sachsenhausen in den Tod; 156 starben in anderen Lagern oder wurden dort umgebracht; nur 42 der 122 bekannten Überlebenden wurden direkt in Sachsenhausen befreit. Von 282 Personen wissen wir nicht, wo sie verblieben oder zu Tode kamen.

Nationales Gedenken und digitale Daten: Nachklingende Überlegungen

Angestoßen wurde das Forschungsprojekt, das unseren Ausführungen zugrunde liegt, von einem Vorhaben, das die österreichische Botschaft in Berlin gemeinsam mit der

Leitung der Gedenkstätte Sachsenhausen verfolgte, nämlich die österreichischen Sachsenhausen-Häftlinge mit einer eigenen, von der Republik Österreich gestifteten Gedenktafel zu ehren. Unsere Recherche wollte dazu beitragen, das bis dahin äußerst lückenhafte und blasse historische Bild dieser Häftlingsgruppe zu vervollständigen und zu konturieren. Schon bei den konzeptionellen Vorüberlegungen, dann aber bei der Erhebung fast jeden Datensatzes zeigte sich die mangelnde Trennschärfe des zentralen Kriteriums »österreichisch«. Vor dem historischen Hintergrund erstens eines Europa der Pariser Nachkriegsordnung von 1918, die die nationalen Grenzen auf dem Boden des untergegangenen Habsburger Reichs neu gezogen und Staatsangehörigkeiten neu definiert hatte, zweitens einer nationalsozialistischen Herrschaft, die diese wie alle anderen europäischen Grenzen und Staatsangehörigkeiten missachtete, drittens einer neuerlichen Nachkriegsordnung, die wiederum andere innereuropäische Grenzen zeichnete, die regionalen Bevölkerungen verschob und in der sich Österreich als eine dreiseitig vom »Eisernen Vorhang« umgebene neutrale Insel wiederfand, sowie viertens einem EU-Europa, dessen Grenzen seit 1989 nach außen immer weiter und im Inneren immer durchlässiger wurden, war es ein einigermaßen idealistisches Unterfangen, rückblickend »Österreicher« als eine definierte Häftlingsgruppe zu rekonstruieren, der gesondert und aus besonderen Gründen zu gedenken wäre. Tatsächlich fanden wir keine homogene Gruppe von einander zugehörig fühlenden Menschen österreichischer Staatsbürgerschaft. Vielmehr fanden wir hunderte von zumeist vereinzelt Männern und zuletzt auch etwa ein Dutzend Frauen, die in ihrem oft gewaltsam verkürzten Leben auf die eine oder andere Weise mit Österreich in einem geographischen, historischen, kulturellen oder politischen Sinn verbunden waren und die einige Tage, Wochen, Monate oder in wenigen Fällen auch Jahre ihrer Verfolgungsgeschichte im Konzentrationslager Sachsenhausen zubringen mussten und von denen sich nur eine Handvoll überhaupt wechselseitig wahrnehmen konnten.

Gleichwohl konnten wir dank der vorliegenden Datenbank ein durchaus differenziertes Bild dieser heterogenen Gruppe von Menschen zeichnen. Sie kamen aus allen sozialen Milieus und Schichten und gehörten verschiedenen Religionen an. Sie deckten das gesamte politische Spektrum von den Kommunisten, über die Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen bis zu den Austrofaschisten und Nationalsozialisten ab. Unter ihnen waren Kriminelle ebenso wie Priester und Angehörige anderer Berufe oder Erwerbslose, denen nach rechtstaatlichen Kriterien ebenso wenig vorzuwerfen war wie jenen, die ihr Leben zuvor in einer weniger konventionellen Weise geführt hatten. Es gab Menschen mit heldentauglichen Eigenschaften, von denen sich manche tatsächlich durch situationsgerechte Klugheit, Mut oder Kaltblütigkeit hervorgetan hatten, und solche, die keine Chance oder keine Kraft mehr hatten, derartige psychische Ressourcen zu mobilisieren. Vor allem gab es die vielen, von denen wir gar nichts oder nur wissen, dass sie als »Juden« in andere Lager weiter verfrachtet, dass sie in Sachsenhausen oder an anderen Orten zu Tode gebracht wurden.

Unsere Forschung und die daraus entstandene kombinierte und erweiterte Datenbank waren Teil des Versuchs, das Gedenken an die abstrakt große Zahl der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Europa zu konkretisieren – an einem begehbaren Ort, mit einer sichtbaren Tafel, einer lesbaren Inschrift und einer zu deutender Reflektion herausfordernden künstlerischen Gestalt. Diesem Versuch unterlag die Annahme einer gemeinsamen nationalen Zugehörigkeit, die die Gedenkenden in besonderer Weise mit

denen verbinden soll, derer sie gedenken wollen. Das Ergebnis unseres Versuchs ist zwiespältig. Zum einen konnten einige hundert verfolgte Menschen der bisherigen Anonymität enthoben werden, sie erhielten ihre Namen zurück und konnten mit ersten oder weiteren Bruchstücken ihrer eigenen Geschichte verbunden werden. Dies ist nicht wenig und es ist umso wertvoller dann, wenn es dazu beiträgt, dass auch zukünftig konkrete Menschen sich konkreten, in ihrer Individualität wahrnehmbaren Opfern emphatisch erinnernd zuwenden können. Zum anderen verweist gerade die Vielfalt der individuellen Lebens- und Verfolgungsgeschichten von Sachsenhausen-Häftlingen, denen die österreichische Staatszugehörigkeit in ihrer spezifischen Verfolgungssituation nur wenig Halt bot, auf die totalitäre Willkür und Komplexität der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die sich über Staatsgrenzen und Staatsangehörigkeiten hinwegsetzte, um vielmehr biologisch-rassistischen als nationalen Paradigmen zu folgen. Gegenüber dieser biopolitischen Gewalt erinnern nationale Gedenkformen an das Absingen vertrauter Lieder im drohend düsteren Wald.

- 1 Der Beitrag basiert auf einem historisch einführenden Vortrag der Autorinnen anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel der Republik Österreich zu Ehren der im KZ Sachsenhausen ermordeten, misshandelten und verfolgten Österreicher am 23. Juni 2008 in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Die grundlegenden Forschungen führte Kerstin Hosa in den Jahren 2007 und 2008 im Rahmen ihrer von Carola Sachse betreuten Diplomarbeit durch (Kerstin Hosa, Österreicher und Österreicherinnen im KZ Sachsenhausen 1938–1945, Diplomarbeit, Studienrichtung Geschichte, Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien, 2008). Soweit nicht anders angegeben, sind die nachfolgenden Namen, Fakten und Zahlenangaben dieser Arbeit entnommen und dort im Einzelnen – auch unter Rückbezug auf die vorliegende zeithistorische Literatur – nachgewiesen. Für Anregungen und Kritik zu unserem Vortragsmanuskript danken wir Gerhard Botz und Bertrand Perz. Im Zuge der Forschungen wurde eine Datenbank erstellt, in der Kerstin Hosa die in den Datenbanken des Archivs der Gedenkstätte Sachsenhausen und des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW), Wien, vorhandenen Einträge über und Hinweise auf österreichische Sachsenhausen-Häftlinge zusammenführte und durch weitere Recherchen erheblich erweiterte. Im DÖW wurden sowohl die öffentlich zugänglichen Datenbanken zu den österreichischen Holocaustopfern als auch diejenige des noch laufenden Projektes zur namentlichen Erfassung der Opfer politischer Verfolgung herangezogen. Zu danken ist insbesondere Dr. Astrid Ley (Gedenkstätte Sachsenhausen) und Dr. Gerhard Ungar (DÖW) für die Bereitstellung der vorhandenen Datenbanken sowie die engagierte Unterstützung bei den Recherchen und der Überprüfung der neu erstellten Datensätze. Der Internetzugang zu dieser Datenbank wird vorbereitet.
- 2 Komitee für die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen in der Deutschen Demokratischen Republik, Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Berlin 1961, S. 14.

Kerstin Hosa hat an der Historischen-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien Geschichte studiert. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit am Institut für Zeitgeschichte hat sie die Datenbank über österreichische Häftlinge in Sachsenhausen erarbeitet und ausgewertet.

Prof. Dr. Carola Sachse lehrt seit 2004 am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und ist stellvertretende Vorsitzende der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Sie hat zur Sozial-, Geschlechter- und Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus publiziert. Das Diplomarbeitsprojekt von Kerstin Hosa wurde von ihr betreut.

Ausgewählte weiterführende Literatur

- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), Nationalitäten im KZ. Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. 2007, Heft 23.
- Botz, Gerhard, Der Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Wien 2008.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Jahrbuch Schwerpunkt: Namentliche Erfassung von NS-Opfern. Wien 2007.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938–1945. Das Projekt »Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer«. Wien 1993.
- Morsch, Günter/Ohm, Agnes/Pasquale, Sylvia de (Hg.), »Hier war das ganze Europa«. Überlebende des Konzentrationslagers Ravensbrück und Sachsenhausen in der europäischen Nachkriegspolitik. Berlin 2004.
- Morsch, Günter/Nieden zur, Susanne (Hg.), Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936 bis 1945. Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Bd. 12. Berlin 2004.
- Müller, Joachim/Sternweiler, Andreas, Homosexuelle Männer im KZ Sachsenhausen. Berlin 2000.
- Neugebauer, Wolfgang, Der erste Österreichtransport in das KZ Dachau 1938. In: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), Verfolgung als Gruppenschicksal. Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. 1998, Heft 14. S. 17–30.
- Perz, Bertrand, Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck 2006.
- Uhl, Heidemarie, Transformationen des österreichischen Gedächtnisses. Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik. Habil., Graz 2004.

»Wohin bringt Ihr uns?«

DAS »DENKMAL DER GRAUEN BUSSE« IN BRANDENBURG
AN DER HAVEL

Kristina Hübener und Stefanie Endlich

Seit dem 18. Januar 2009 steht das mobile »Denkmal der grauen Busse«, das ein Jahr zuvor in der Berliner Tiergartenstraße 4 aufgestellt wurde, auf dem Nicolaiplatz in Brandenburg an der Havel.

Horst Hoheisel und Andreas Knitz schufen es im Jahr 2006 für das Zentrum für Psychiatrie »Die Weissenau« und die Stadt Ravensburg, zur Erinnerung an die Todestransporte von Psychiatriepatienten in den Jahren 1940 und 1941. Es besteht aus zwei in Originalgröße in Beton gegossenen begehbaren Bussen des gleichen Typs, wie er von den Pflegeanstalten zu den Vernichtungsanstalten fuhr. Einer der Busse hat seinen festen Platz: Er blockiert die »alte Pforte« des Zentrums für Psychiatrie »Die Weissenau« in Ravensburg. Der zweite graue Bus wechselt seinen Standort, wenn bürgerschaftliche Initiativen sich dafür einsetzen, ihn in eine Stadt zu holen, die damals Schauplatz oder Planungsstätte der »Euthanasie«-Verbrechen war.

Berlin-Brandenburg spielte eine zentrale Rolle für die »Euthanasie« im Dritten Reich. Den Gasmord organisiert eine Zentralstelle in der Berliner Tiergarten Str. 4 (deshalb der Name »Aktion T4«). In sechs Tötungsanstalten – so auch nach Brandenburg an der Havel – wurden die Patienten in den grauen GEKRAT-Bussen verbracht. Im Januar 1940 fuhren die ersten Busse dorthin. Der Massenmord an Psychiatriepatienten wurde als Gelegenheit genutzt, die »Ballastexistenzen« loszuwerden. Die »Lebensunwerten« waren lediglich noch als Forschungsobjekte von Interesse. So richtete zum Beispiel der Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter Leiden in der Landesanstalt Brandenburg-Görden die erste Kinderfachabteilung ein, in der reichsweit Schulungen stattfanden. Für das Land und vor allem für die Stadt Brandenburg an der Havel soll der graue Bus voraussichtlich bis Oktober 2009 ein Denkzeichen am authentischen Ort setzen. Er soll auch darauf hinweisen, dass eine aktiv arbeitende »Euthanasie«-Dokumentationsstätte an diesem Ort schon lange angestrebt, aber immer noch nicht realisiert worden ist. Für ein breites Publikum wird ein anspruchsvolles Rahmenprogramm angeboten. Neben Theateraufführung und szenischer Lesung stellt eine Vortragsreihe unter anderem die neuesten Forschungen zur NS-Psychiatrie in Brandenburg vor. Sie sind vor allem Ergebnis eines universitären Projektes, das seit Oktober 2000 am Historischen Institut der Universität Potsdam angesiedelt ist. Seit Oktober 2005 wird es mit erweiterten Zielstellungen durch die dortige Arbeitsstelle Medizin-Geschichte fortgeführt. Ziel des Projektes war und ist auch eine umfassende Aufarbeitung und Dokumentation der brandenburgischen Psychiatrie- und Medizingeschichte, mit besonderem Blick auf die NS-Psychiatrie. Seine Ergebnisse sind in der inzwischen auf 17 Bände angewachsenen Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte beim be.bra verlag publiziert und somit auch für eine breite Öffentlichkeit erfahrbar. Allein fünf beschäftigen sich in Form von Grundlagenforschung mit medizinhistorischen Aspekten der NS-Zeit. Sie können die in Brandenburg an der Havel geplante Dokumentationsstelle in deren Arbeit wesentlich unterstützen. Das Projekt der Universität Potsdam ist seit 2002 – hier speziell mit Blick



Alle Fotos: Aufstellung
des »Denkmal der
Grauen Busse« in Bran-
denburg an der Havel,
18. Januar 2009
Fotos: Stefanie Endlich



Aufstellung des »Denkmal der Grauen Busse« in Brandenburg an der Havel, im Hintergrund das ehemalige Alte Zuchthaus
Foto: Stefanie Endlich



auf die NS-Zeit – zum Anlaufpunkt für Anfragen, Informationen, wissenschaftliche Auskünfte und Hilfestellungen geworden.

Die Zusammenarbeit mit Schulen ist ein weiterer wesentlicher Baustein der universitären Projektarbeit. Ein Ergebnis wird innerhalb des Rahmenprogramms vom 22. April an für mehrere Wochen in der Nicolaikirche gezeigt: das Schülerprojekt »Stolpersteine« mit Ausstellung und Verlegung von Steinen in Neuruppin, Eberswalde, Teupitz, Lübben und Guben. Seit Mai 2003 wurde zunächst von Schülern des Paul-Gerhardt-Gymnasiums in Lübben eine Ausstellung zur NS-Thematik entwickelt, die durch Schülerarbeiten an den Standorten der früheren Landesanstalten erweitert wurde. Ziel des Engagements der Schülergruppen war es, »Euthanasie«-Opfer namhaft zu machen. Die Ausstellung war seit dem 27. Januar 2004 zunächst im Landtag Brandenburg zu sehen, danach ging sie bis Ende 2005 – immer mit Rahmenprogramm – in die Museen der jeweiligen Städte.

Die Ausstellungseröffnung am 22. April ist gleichzeitig der Beginn für neue Vorhaben mit Schülern: Ein Zeitzeugenprojekt unter dem Thema »Euthanasie«-Verbrechen in Brandenburg an der Havel – Gedenken an die Opfer der NS-Psychiatrie wird von Thomas Reichel umgesetzt. Das universitäre Projekt wird mit Schülern des Evangelischen Gymnasiums in Neuruppin und Schülern aus Eberswalde ein Opfergedenkbuch für die früheren Landesanstalten zum Abschluss bringen.

Die Veranstaltungen sind von einer Gruppe gemeinsam erarbeitet worden, an der Prof. Dr. Stefanie Endlich, Dr. Kristina Hübener, Matthias Kube, Dr. Ulrich Niedermeyer und Thomas Reichel mitgewirkt haben. Podiumsdiskussionen, Vorträge des Begleitprogramms und die Vorstellung neuer Projektvorhaben zeigen die Vielschichtigkeit der Themen. Informationen/Termine: www.brhiko.de/images/stories/brhiko/flyergrauebusse_druck.pdf

Dr. Christina Hübener leitet die Arbeitsstelle Medizin-Geschichte am Lehrstuhl Neuer Geschichte der Universität Potsdam, forscht zur »Euthanasie«-Geschichte in Brandenburg und engagiert sich für die Einrichtung einer Gedenkstätte.

Prof. Dr. Stefanie Endlich ist Kunstpublizistin und war Vorsitzende der Jury, die das Denkmal der »Grauen Busse« für Ravensburg und unterwegs ausgewählt hat.

Wanderausstellung

»OHNE ZU ZÖGERN.

VARIAN FRY: BERLIN – MARSEILLE – NEW YORK«

Marion Neumann und Angelika Meyer

»Die wimmelnde Vielfalt der Lebensschicksale, an Wänden, auf Karten und in Hörstationen, wirft den Besucher selbst in ein Chaos menschlicher Nöte. (...) ein Stück Wiedergutmachung, dass man den Retter, der später als Lateinlehrer in der Provinz wirkte, vergessen und kaum bedankt, nun ehrt ...« (Tilman Lahme, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2007)

Nach dem großem Erfolg unserer Ausstellung zu Varian Fry Ende 2007 in der Akademie der Künste in Berlin ist nun auf vielfache Anregung und dank weiterer Fördermittel daraus eine Wanderausstellung entstanden, die ab sofort ausgeliehen werden kann.

Worum geht es?

Als der junge amerikanische Journalist Varian Fry im August 1940 im Auftrag der New Yorker Fluchthilfeorganisation Emergency Rescue Committee (ERC) in Marseille eintrifft, hat die deutsche Wehrmacht bereits weite Teile Frankreichs besetzt. Alle in Frankreich lebenden Deutschen sind laut Waffenstillstandsvertrag »auf Verlangen auszuliefern«, was das faktische Ende des politischen Asyls in Frankreich bedeutet. Varian Fry und seinem Centre Américain de Secours gelingt es in den folgenden Monaten noch, mehr als 1800 Menschen und deren Familien aus Südfrankreich in die Freiheit zu lotsen. In seinem auch illegal agierenden Büro werden Gelder akquiriert, Schiffspassagen besorgt, Visa und Pässe gefälscht und geheime Fluchtrouten über die französisch-spanischen Pyrenäen organisiert.

Zahlreiche Künstler und Intellektuelle verdanken Varian Fry und seinen Helfern ihr Leben; aber auch viele unbekannte Flüchtlinge waren unten den Geretteten. Die Wanderausstellung präsentiert nun erstmals die Arbeit der Retter und die Stationen der Flüchtlinge: von Berlin über Paris, Marseille, die Pyrenäen bis nach New York. Gezeigt werden historische Dokumente, Fotos, Lebenszeugnisse von Rettern und Geretteten sowie deren (posthume) Würdigungen und Ehrungen.

Was ist zu sehen und zu hören?

Die Fotos und Dokumente können auf 30 Tafeln zu einzelnen »Handlungsräumen« zusammengestellt werden. Sie liefern den historischen Kontext. Die mehr als 75 Einzelschicksale, die Fluchtwege und die Arbeit der Fluchthelfer werden an Lesetischen vertiefend dargestellt. Hörstationen bereichern die Ausstellung mit Zitaten der Flüchtlinge bzw. ihrer Retter. Den Schluss bilden zwei Pulte mit 66 biografischen Steckkarten zu den Personen, die mit Hilfe von Varian Fry in den USA angekommen sind.

Die Themenbereiche gliedern sich folgendermaßen: Eröffnung, Berlin, Flucht nach Frankreich, Lager, Marseille, Centre Américain de Secours, Pyrenäen, Varian Fry, Lissabon, New York, Ehrungen und Rezeption.

Die Ausstellungstafeln sind in die englische und französische Sprache übersetzt worden. Entsprechende Broschüren können den Besuchern begleitend ausgehändigt werden.

Technische Informationen

Insgesamt werden als Gesamtfläche mindestens 60 m² benötigt (max. 100 m²). Die Präsentation kann in einem Raum gezeigt oder auf mehrere Räume aufgeteilt werden. Der Transport kann kostengünstig mit einem Kleintransporter erfolgen (erforderliche Ladefläche: 240 l x 170 b x 170 h cm). Gewicht und Größe der einzelnen Teile erfordern mindestens zwei Arbeitskräfte zum Be- und Entladen sowie zum Aufbauen der Ausstellung (Dauer: 1 Tag).

Weitere Informationen zum Inhalt der Ausstellung sowie zu den technischen Details und Ausleihbedingungen (Leihgebühren etc.) haben wir in einem Flyer zusammengefasst, den wir Ihnen gerne schicken. Zur inhaltlichen Vorbereitung der Ausstellung vor Ort berät Sie das Aktive Museum (Eröffnungsveranstaltung, Begleitprogramm) – ebenso bei technisch relevanten Fragen zum Transport, Aufbau, Versicherung etc.

Pädagogisches Begleitprogramm

Parallel stehen für die Fächer Geschichte, Englisch und Französisch zur Vorbereitung des Ausstellungsbesuchs im Unterricht »Museumscoffer« zur Verfügung. Diese können zusätzlich beim Aktiven Museum angefordert werden.

Katalog

Die gleichnamige Publikation: Ohne zu zögern.

Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

(496 Seiten, ca. 250 Abbildungen, 2. verb. Auflage, 20 €),

ist ebenfalls über das Aktive Museum erhältlich.

Vielleicht haben Sie ja Interesse oder wissen von einer Möglichkeit, die Ausstellung zu präsentieren. Wir würden uns sehr freuen, von Ihnen zu hören und stehen Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung:

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13–14

D-10785 Berlin

Tel. 0049 (0)30 263 98 90 39

Fax. 0049 (0)30 263 98 90 60

www.aktives-museum.de

Angelika Meyer ist Diplompolitologin und Mitarbeiterin Pädagogische Dienste der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Marion Neumann ist freie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Angelika Meyer und Marion Neumann waren Projektleiterinnen der Ausstellung zu Varian Fry, die Ende 2007 in der Akademie der Künste Berlin gezeigt wurde.



Oben: Varian Fry in Marseille, 1941
Quelle: Annette Fry
Rechts: Wanderausstellung
zu Varian Fry in Davos/CH
anlässlich der Literatur-
und Kulturtage, August 2008,
Fotos: Angelika Meyer



Rezension – Züge nach Ravensbrück. Transporte mit der Reichsbahn 1939–1945

Maria von der Heydt

Abgelegen, abgezäunt und den Blicken der Allgemeinheit entzogen – so stellten gerade kleinere und größere Funktionsträger des Nationalsozialismus nach Kriegsende die Konzentrationslager als Rechtfertigung ihrer Behauptung dar, von solchen Lagern »nichts gewusst zu haben«. Doch auch wenn das Lagerinnere einer gewissen abschreckenden Geheimhaltung unterworfen war, so war es doch in gut sichtbarer Weise dem Lagersystem und vor allem der Außenwelt angeschlossen. Der Standort des Lagers Ravensbrück wurde wegen seiner Nähe zur Bahnstrecke Oranienburg-Neustrelitz ausgewählt; anfangs nutzten Personal, Zulieferer und Häftlingstransporteur den Fürstenberger Ortsbahnhof, ab 1942 wies die Reichsbahn einen eigenen Haltepunkt »Ravensbrück« für den Personen- und Güterverkehr aus. Mindestens 123 000 Häftlinge wurden zwischen 1939 und 1945 nach Ravensbrück eingewiesen, die meisten von ihnen wurden mit der Reichsbahn transportiert. Zum Gedenken an diese Transporte wurde in der Gedenkstätte Ravensbrück am 15. April 2005 eine durch Karolin Steinke wissenschaftlich erarbeitete und konzipierte Dauerausstellung eröffnet, als deren Begleitband 2009 das Buch »Züge nach Ravensbrück« erschien.

Am Anfang des Bandes steht der gedeckte Güterwaggon, dem symbolischen Gegenteil der behaupteten Verheimlichung: Solche Wagen fuhren allgegenwärtig auf allen Strecken der Reichsbahn, sie beförderten bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Stückgut im Güterverkehr der Bundesbahn und der DDR-Reichsbahn. Anhand von Dokumenten, Erinnerungen, Bildern und Skizzen zeichnet Karolin Steinke in der Beschreibung der Häftlingstransporte nach, wie Frauen aus dem ganzen besetzten Europa in das nördliche Brandenburg (seinerzeit Mecklenburg) verschleppt wurden. Ohne besonderes Aufheben um ihre Forschungsergebnisse zu machen, stellt Karolin Steinke ihre umfassenden Quellenkenntnisse als Grundlage mit Zahlen und Fakten zur Verfügung, auf der die Erinnerungen der Zeitzeugen ihre eigentliche Eindringlichkeit entfalten. So kommen ehemalige Häftlinge nicht nur als Illustratoren des aktenkundigen Geschehens zu Wort; die zitierten Frauen werden vielmehr mit Bildern und Angaben zur Person vorgestellt. Jede von ihnen rückt, zugleich stellvertretend für die vielen Opfer unterschiedlicher Herkunft und Geschichte aus vielen Ländern, als Individuum aus der damaligen Objektrolle in den Mittelpunkt des Forschens und Erinnerns. Ihre kurzen Lebensgeschichten vermitteln die Spannweite der Verfolgung wegen individuellen oder gemeinschaftlichen Widerstandes, wegen jüdischer Herkunft oder als Ergebnis kollektiver Besatzungsgewalt. Durch ihre genaue Beschreibung der Umstände, unter welchen Menschen und Güter in das Lager und aus dem Lager verbracht wurden, beschreibt Karolin Steinke die verschiedenen Funktionen des Lagers in seiner Entwicklung und verdeutlicht zugleich die Einbindung des Lagers Ravensbrück mit seinen Außenlagern in die nationalsozialistische Herrschaftspolitik. Mit den ursprünglich zum »Verschub« von Strafgefangenen in andere Haftanstalten dienenden Zellenwagen lieferte die deutsche Justizverwaltung (aus der später so oft zu hören war, mit dem Lagersystem nichts zu tun gehabt zu haben) bis 1943 hauptsächlich Insassen städtischer Polizeigefängnisse der Konzentrationslagerverwaltung aus. Größere Gruppen wurden aus Deutschland

mit zusätzlichen, an die Reisezüge angehängten Waggons nach Fürstenberg (Havel) gebracht, die ab 1943 zunehmenden Transporte aus dem Ausland kamen in bestellten Reichsbahn-Personenzügen oder aber den genannten Güterwagen an. Bis zur Einrichtung des »Haltepunktes Ravensbrück«, einer Bedarfshaltestelle unmittelbar am Konzentrationslager, trieben Wachmannschaften und Aufseherinnen Häftlinge die etwa zwei Kilometer vom Bahnhof Fürstenberg (Havel) an den Einwohnern Fürstenbergs vorbei auf das Lagergelände. Schienenstränge verbanden das Konzentrationslager Ravensbrück mit den Gefängnissen und Durchgangslagern der Besatzungsbehörden in Ost- und Westeuropa ebenso wie mit den »kriegswichtigen« Produktionsstätten, an denen Betriebsleiter die ihnen zugeteilten Zwangsarbeiterinnen in Außenlagern bewachen ließen. Aus den östlichen Vernichtungslagern trugen Reichsbahn-Güterwaggons erst die letzte Habe der Ermordeten als Raubgut und später die Überlebenden des Massensoldes in sogenannten Räumungstransporten nach Ravensbrück; gegen Kriegsende wurden auch offene Güterwagen verwendet, in denen die Häftlinge schutzlos Wind und Kälte ausgesetzt waren. Über die Gleise gelangte aber in den letzten Kriegswochen auch ein Teil der durch humanitäre Verhandlungen Befreiten zunächst nach Dänemark und dann nach Schweden. So umreißt der Begleitband zur Ausstellung über Transporte zugleich die Lagergeschichte und gibt dabei – ohne sein Thema zu verlassen – Hinweise zur Vertiefung. Der Begleitband regt durch seine sorgfältige Zusammenstellung zum Besuch der Gedenkstätte an, so dass zu hoffen ist, dass er über die Ausstellungsbesucher hinaus den Weg zum Leser findet. Besonders ist die vollständige englische Übersetzung auch der Zitate zu begrüßen, anhand derer zusätzliche Bilder und Dokumente wiedergegeben werden.

Dr. Maria von der Heydt hat an der Humboldt-Universität promoviert, arbeitet als Rechtsanwältin und beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem Schicksal der Nichtjuden jüdischer Herkunft unter der NS-Herrschaft, regionaler Schwerpunkt Berlin.



Karolin Steinke
 Züge nach Ravensbrück.
 Transporte mit der Reichsbahn 1939-1945
 (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische
 Gedenkstätten Band 26)
 Metropol Verlag, Berlin, 2009